



SVV Sicherheitsmonitor 2018

Die Schweiz zwischen
Sicherheit, Risiko und Freiheit

ASA | SVV



sotomo
gesellschaft, politik & raum ■ ■ ■

Auftraggeber

Schweizerischer Versicherungsverband SVV
Conrad-Ferdinand-Meyer-Strasse 14
8022 Zürich

Auftragnehmer

Forschungsstelle sotomo
Dolderstrasse 24
8032 Zürich

Autoren (alphabetisch)

Lorenz Bosshardt
Gordon Bühler
Michael Hermann
David Krähenbühl
Matthias Mahrer

Fachliche Begleitung

Tibor Szvircsev Tresch
Thomas Ferst
Dozentur Militärsoziologie
Militärakademie, ETH Zürich

Zürich, Juni 2018



Inhaltsverzeichnis

1	In Kürze	6
2	Sicherheit im Alltag	9
2.1	Räume und Orte	9
2.2	Umgang mit Risiken im Alltag	12
2.3	Vernünftige und unvernünftige Risiken	14
3	Perspektiven und Einschätzungen	16
3.1	Persönliche Risikoerwartungen	16
3.2	Sicherheit und technologischer Wandel	18
3.3	Zukunftserwartung Schweiz und Welt	20
4	Zwischen Sicherheit, Risiko und Freiheit	23
4.1	Sicherheit und Freiheit aus Sicht der Bevölkerung	23
4.2	Polizeiliche Sicherheit	25
4.3	Vorschriften und Verbote	27
4.4	Verantwortung für riskantes Verhalten	29
5	Finanzielle Lebenssicherung	32
5.1	Befriedigtes und unbefriedigtes Sicherheitsbedürfnis	32
5.2	Sorge um die Altersvorsorge	33
5.3	Rente oder Kapitalbezug?	34
5.4	Finanzielles Sicherheitsnetz	36
6	Methodik	38
6.1	Datenerhebung	38
6.2	Repräsentative Gewichtung	38

1 In Kürze

Im Auftrag des Schweizerischen Versicherungsverbandes (SVV), dem Dachverband der Privatassekuranz, hat die Forschungsstelle sotomo 10'401 Personen in der Schweiz zu ihren Sicherheitseinschätzungen befragt. Fachlich begleitet wurde sotomo von der Dozentur Militärsoziologie der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich. Die Befragung fand zwischen dem 21. März und dem 4. April 2018 statt. Die Resultate sind nach soziodemografischen und politischen Kriterien gewichtet und sind somit repräsentativ für die erwachsene Bevölkerung in der Schweiz.

Sicherheit und Freiheit sind für die Menschen in der Schweiz eng miteinander verbunden. Der im Juni 2018 erstmals publizierte «SVV Sicherheitsmonitor» macht ein ausgeprägtes Sicherheitsbedürfnis sichtbar. Er zeigt aber auch eine tiefe Verankerung des Respekts punkto persönlicher Freiheit und dem Prinzip der Eigenverantwortung in der Schweizer Bevölkerung.

No-go-Areas auch in der Schweiz

Zwar fühlen sich die meisten Befragten sicher, auch wenn sie nach Einbruch der Dunkelheit in der eigenen Wohngegend zu Fuss unterwegs sind; dennoch geben 27 Prozent der Männer und sogar 53 Prozent der Frauen an, gewisse Orte aus Sicherheitsgründen zu meiden. No-go-Areas für Frauen sind dabei häufig verlassene Orte, zum Beispiel Unterführungen oder Parkhäuser. Auffällig ist, dass sich nicht nur Frauen, sondern auch politisch rechtsstehende Personen überdurchschnittlich häufig nicht an bestimmte Orte wagen. Im zweiten Fall sind es jedoch eher «Problemquartiere» und andere städtische Gebiete, die gemieden werden. Generell sind «Bewegungsfreiheit» und das «Freisein von Angst» für Frauen zentrale Aspekte von Sicherheit und Freiheit. Dabei zeigen sich wiederum starke Übereinstimmungen mit Personen aus dem politisch rechten Spektrum. Derweil aus Frauensicht die Gefahr eines Übergriffs im Vordergrund steht, geht es bei politisch Rechtsstehenden eher um das Fremde, das Unsicherheit auslöst.

Zunahme extremer Naturereignisse befürchtet

Geht es um die Einschätzung von persönlichen Risiken im Leben, steht der Arbeitsplatzverlust an erster Stelle: 21 Prozent gehen hier von einem grossen mittelfristigen Risiko aus. Weit weniger gefürchtet wird ein Angriff auf Leib und Leben (9 %). Gemessen an der tatsächlichen Häufigkeit, wird das Risiko eines Angriffs auf Leib und Leben dennoch besonders oft überschätzt. Ähnlich oft überschätzt wird nur das Risiko, von einem extremen Naturereignis betroffen zu sein. Hier gehen jedoch drei Viertel der Befragten davon aus, dass die Häufigkeit solcher Ereignisse zunehmen wird. «Unvernünftige» Risiken gehen

die Erwachsenen in der Schweiz am weitaus häufigsten im Strassenverkehr ein, obwohl sie sich selber in diesem Bereich nicht als besonders risikofreudig einschätzen. Die wenigsten «unvernünftigen» Risiken gehen die Befragten gemäss Selbstangabe bei Versicherungen und Finanzanlagen ein.

Als technische Massnahme zur Erhöhung der Sicherheit im Strassenverkehr eignen sich aus Sicht einer relativen Mehrheit Fahrassistenzsysteme für Autos, nicht jedoch selbstfahrende Autos. Nur 18 Prozent gehen dagegen davon aus, dass autonome Fahrzeuge die Sicherheit erhöhen werden. 42 Prozent befürchten das Gegenteil. Auch im Finanzsektor sehen die Befragten eher mehr Unsicherheit auf sie zukommen. Dies gilt insbesondere für Kryptowährungen wie Bitcoin. Eine knappe relative Mehrheit denkt jedoch auch, dass bargeldloses Bezahlen eher weniger als mehr Sicherheit bringt.

Eigenverantwortung statt Verbote

Trotz verbreitetem Sicherheitsbedürfnis gibt es keine Mehrheit für eine polizeiliche Onlineüberwachung ohne konkreten Tatverdacht. Gar nur 19 Prozent der Befragten sind für ein Verbot von Base-Jumping, einer Risikosportart, die regelmässig tödliche Unfälle nach sich zieht. Eingriffe in die persönliche Freiheit werden nicht ohne Weiteres hingenommen. Zugleich gehen jedoch viele davon aus, dass wer in seinem Leben besondere Risiken eingeht, auch selber dafür Verantwortung übernehmen soll. Nur rund ein Drittel ist der Ansicht, dass bei einem Unfall in einer Risikosportart die Versicherung die Behandlungskosten der Betroffenen vollumfänglich übernehmen soll. Je ein Drittel denkt, dass diese geteilt oder gar ganz durch die Unfallverursachenden getragen werden sollen.

Noch ausgeprägter wird das Verursacherprinzip für Personen gefordert, die trotz offizieller Reisewarnung in ein Land reisen und dort entführt werden. Eher überraschend ist in diesem Kontext der ausgeprägten Eigenverantwortung, dass 65 Prozent der Befragten die Einführung einer Helmpflicht beim Velofahren unterstützen. Offenbar wird hier der Eingriff in die persönliche Freiheit als weniger gravierend angesehen. Der Trend zu Schutz- und Sicherheitsausrüstungen scheint hier von der Bevölkerung voll und ganz mitgetragen zu werden.

Verunsicherung bezüglich Altersvorsorge

Das Prinzip der Eigenverantwortung zeigt sich auch in der finanziellen Lebenssicherung. Bei einer finanziellen Notlage steht für die meisten zuerst das eigene Ersparnis, dann die Familie und erst an letzter Stelle der Sozialstaat im Fokus. Dennoch ist die Sorge um das finanzielle Netz der Lebenssicherheit weit verbreitet. Nur 36 Prozent sehen heute ihr Sicherheitsbedürfnis bezüglich Altersvorsorge befriedigt. Drei Viertel gehen davon aus, dass in Zukunft weniger Geld für die AHV-Renten zur Verfügung stehen wird. Derweil nur eine Minderheit für sich

selber einen einmaligen Kapitalbezug des Pensionskassenguthabens wünscht, stellt sich eine klare Mehrheit gegen die Abschaffung der Wahlfreiheit zwischen der Auszahlung als monatliche Rente und dem Kapitalbezug.

Auch in diesem Bereich zeigt sich eine Mischung zwischen ausgeprägter Sicherheitsorientierung und der Bejahung von Eigenverantwortung. Wie der «SVV Sicherheitsmonitor» deutlich macht, zieht sich diese typisch schweizerische Verbindung von Sicherheitsbedürfnis und Freiheitsliebe durch eine ganze Reihe von Lebensbereichen. Es ist dabei kein Zufall, dass die von den Befragten selber vorgenommenen Definitionen von «Sicherheit» und «Freiheit» oft sehr nahe beieinanderliegen.

2 Sicherheit im Alltag

2.1 Räume und Orte

40 Prozent der Befragten geben an, dass es für sie Orte und Räume in der Schweiz gibt, die sie meiden, weil sie sich dort alleine nicht sicher fühlen. Mit einem Anteil von 53 Prozent sind es vor allem Frauen, welche solche No-go-Areas in der Schweiz kennen. Bei den Männern sind es nur rund halb so viele (27 %).

Um welche Orte es sich dabei handelt, ist in Abbildung 1 dargestellt. Die Wortwolke zeigt die Häufigkeit der von den Befragten genannten Orte. Insgesamt am häufigsten kommen dabei die Begriffe «Bahnhof» und «Stadtgebiet» vor.



Abbildung 1: Orte in der Schweiz, die ohne Begleitung gemieden werden (n = 3809).

Die von den Befragten genannten Orte lassen sich zu vier Gruppen zusammenfassen. Die grösste Gruppe der Antworten bezieht sich auf städtische Orte. Diese Orte werden teilweise konkret lokalisiert («Langstrasse», «Reitschule», «Paquis» usw.) oder allgemein charakterisiert («Problemviertel», «Rotlichtmilieu» usw.). Am zweithäufigsten genannt werden Orte, die sich vor allem durch ihre Verlassenheit auszeichnen («Wald», «Unterführung», «Parkhaus»). Ähnlich häufig werden Bahnhöfe und der öffentliche Verkehr genannt. Eine kleinere Gruppe von genannten Begriffen betrifft Menschenansammlungen.

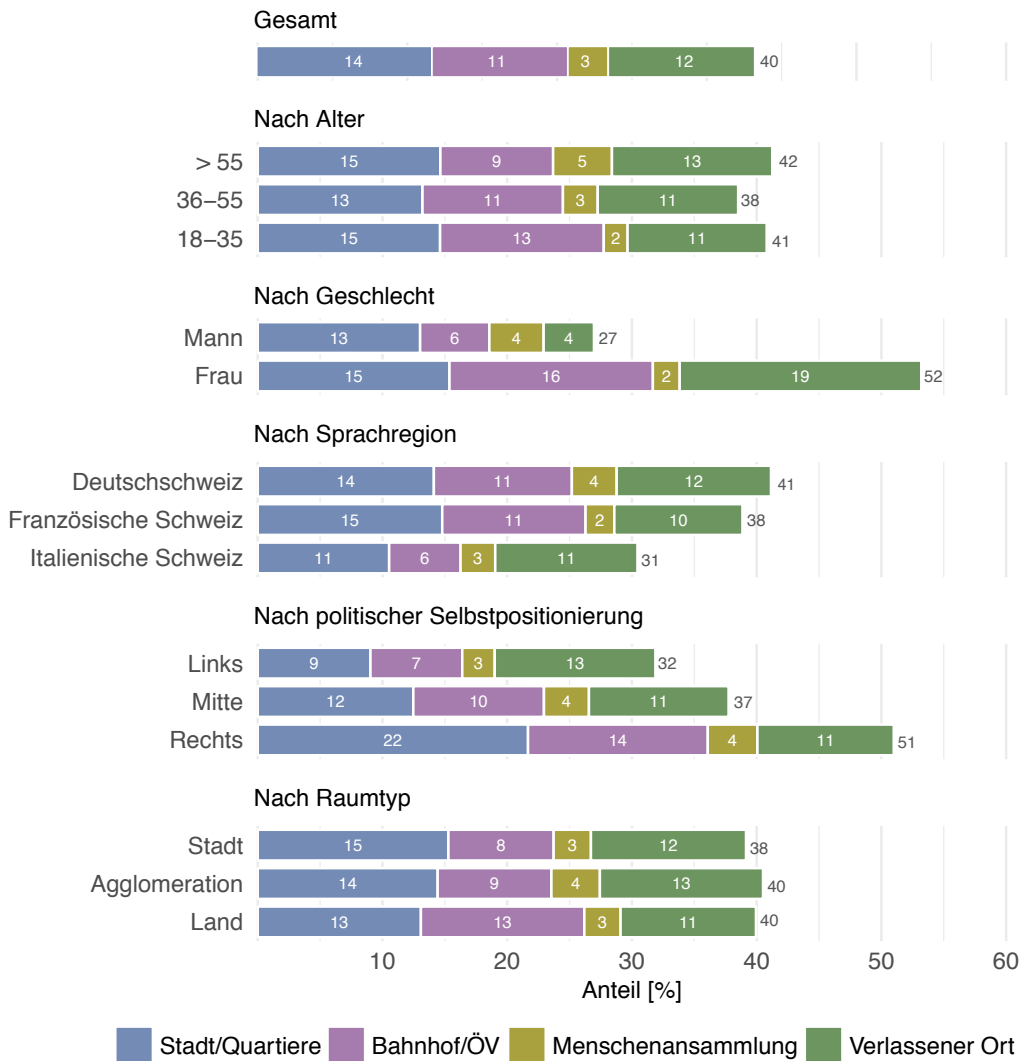


Abbildung 2: Orte in der Schweiz, die ohne Begleitung gemieden werden – gruppiert.

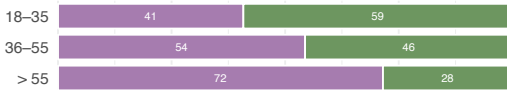
Wie erwähnt, besteht bei der Einschätzung von No-go-Areas in der Schweiz ein markanter Geschlechterunterschied. Frauen geben viel häufiger an, dass es solche Orte für sie gibt, und sie nennen dabei auch andere Orte als Männer (vgl. Abbildung 2). Bei den Frauen stehen verlassene Orte und Bahnhöfe klar im Vordergrund. Städtische Gebiete werden von den Männern dagegen ähnlich häufig genannt wie von den Frauen und Menschenansammlungen sogar häufiger – wenn auch auf tiefem Niveau.

Interessanterweise hängt die Einschätzung von No-go-Areas auch stark von der politischen Orientierung ab. Personen, die rechts im politischen Spektrum stehen, geben deutlich häufiger an, dass sie bestimmte Orte in der Schweiz meiden (51 %) als Personen, die sich links positionieren (32 %). Dabei sind es für rechts Positionierte vor allem Gebiete in den Städten, die sie als gefährlich einschätzen. Die naheliegende These, dass es sich dabei vor allem um Personen aus dem ländlichen Raum handelt, trifft jedoch nicht zu. Bei der Einschätzung der No-go-

Areas besteht kein ausgeprägter Stadt-Land-Gegensatz. Die Einschätzung der grossen Stadt, oder Teilen davon, als Orte, die es zu meiden gilt, ist offenbar unmittelbar mit der politischen Grundhaltung verknüpft.



Nach Alter



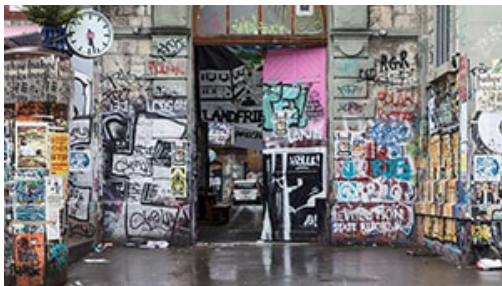
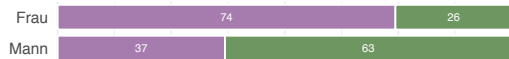
Nach Geschlecht



Nach Alter



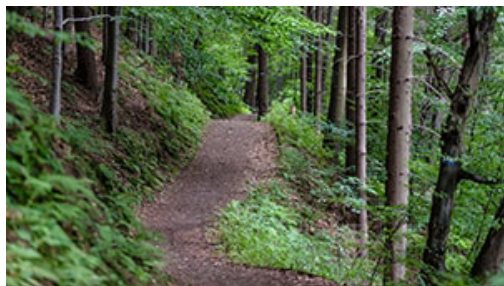
Nach Geschlecht



Nach Alter



Nach Geschlecht



Nach Alter



Nach Geschlecht



■ Würde mich hier unwohl fühlen ■ Würde mich hier nicht unwohl fühlen

Abbildung 3: Einschätzung des Wohlbefindens an ausgewählten Orten.

Den Teilnehmenden wurden vier Bilder mit Raumsituationen vorgelegt. Sie wurden gefragt, ob sie sich an diesen Orten unwohl fühlen würden oder nicht. Zwar werden, wie oben gezeigt, Menschenansammlungen spontan als No-go-Areas relativ selten genannt. Das Bild einer Fussballfankurve wird jedoch am

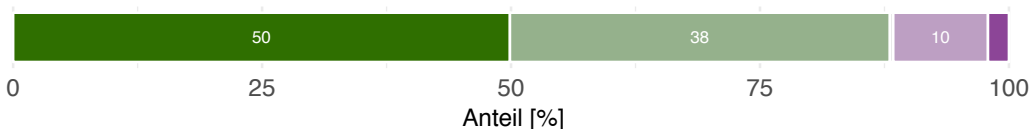
häufigsten mit «sich unwohl fühlen» in Verbindung gebracht. Am wenigsten häufig ist dies beim Bild eines Waldwegs der Fall. Wie erwartet, werden verlassene Orte mit wenig Einblick von Frauen deutlich negativer bewertet als von Männern. Die Einschätzung der Fussball-Fankurve hängt demgegenüber viel stärker vom Alter ab. Wie die Analyse nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen bestätigt, unterscheidet sich die Einschätzung der Fankurve grundlegend von den anderen Darstellungen. Schliesslich geht es hier weniger um eine unsichtbare Bedrohung als um das unberechenbare Verhalten der Menschen im Bild.

Wie sicher fühlen Sie sich ...

... an öffentlichen Orten mit vielen Leuten?



... wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuss in Ihrer Wohngegend unterwegs sind?



Sehr sicher Sicher Nicht sicher Sehr unsicher Weiss nicht

Abbildung 4: Sicherheitsgefühl in bestimmten Situationen.

Auch wenn sich die Mehrheit im Getümmel einer Fankurve unwohl fühlen würde, besteht in der Schweiz in keiner Weise ein verbreitetes Unsicherheitsgefühl. 83 Prozent fühlen sich an öffentlichen Orten mit vielen Leuten sicher oder sehr sicher. Nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuss in der eigenen Wohngegend sind dies sogar 88 Prozent.

2.2 Umgang mit Risiken im Alltag

Wie gehen die Menschen in der Schweiz in ihrem Alltag mit Sicherheit und Risiken um? Auch in scheinbar banalen Dingen zeigen sich dabei grundlegende Muster. Wie verhält man sich zum Beispiel zu Fuss bei einer roten Ampel am Zebrastreifen? Bleibt man stehen, auch wenn die Verkehrssituation ein Überqueren der Strasse erlauben würde? Immerhin 28 Prozent geben an, nie bei Rot über den Zebrastreifen zu gehen.

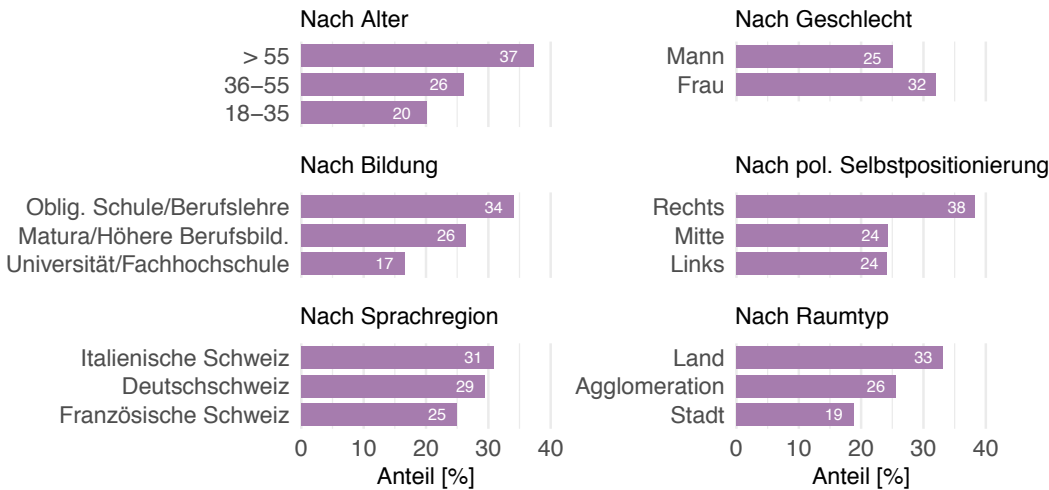


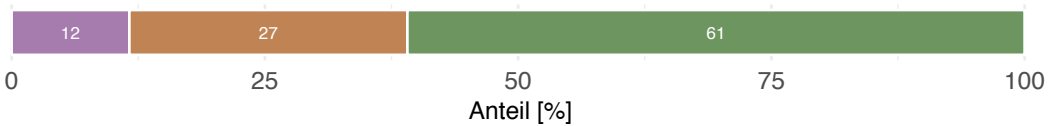
Abbildung 5: Nie bei Rot über den Zebrastreifen gehen, auch wenn es die Verkehrssituation erlauben würde.

Wie Abbildung 5 zeigt, hängt der Umgang mit der roten Ampel von einer Reihe von Faktoren ab. So leben Personen, die sich strikt an die rote Ampel halten, häufiger auf dem Land als in der Stadt; sie sind vermehrt älter, weiblich, ohne weiterführende Bildung und politisch eher rechtsstehend. Bei der strikten Beachtung der roten Ampel geht es nicht nur um Sicherheit, es geht dabei auch um die Einhaltung von Regeln. Gutgebildete gehen flexibler mit Regeln um und nehmen sich mehr Freiheiten heraus als Personen mit lediglich einer Grundbildung. Es spielen jedoch auch Alltagserfahrungen ins Verhalten an der Ampel mit hinein. Personen, die im städtischen Raum leben und entsprechend häufiger mit Ampeln an Zebrasteifen konfrontiert werden, pflegen eher einen lockeren Umgang damit als Personen aus dem ländlichen Raum.

Abdecken der Eingabe des Sicherheitscodes beim bargeldlosen Bezahlen



Kontrolle, ob alle Zugänge beim Verlassen der Wohnung geschlossen sind



■ Nie ■ Gelegentlich ■ Immer

Abbildung 6: Verhalten bezüglich Sicherheit in alltäglichen Situationen.

Anders als bei der Ampel gibt es in vielen Alltagssituationen keine Vorschriften, die uns präventiv vor etwas schützen und uns mehr Sicherheit geben. Ein Beispiel ist das Verhalten beim bargeldlosen Bezahlen an der Kasse. Deckt man den

Sicherheitscode mit den Händen ab, schützt man die Geheimzahl vor neugierigen Blicken und potenziellen Kriminellen um einen herum. 37 Prozent der Befragten geben an, diese Sicherheitsmassnahme immer zu machen. Der grösste Teil, 39 Prozent, macht dies gelegentlich (Abbildung 6). Bei den Letzteren dürfte die konkrete Situation beim Bezahlen ausschlaggebend für das Verhalten sein.

Ein etwas vorsichtigeres Verhalten zeigt sich beim Verlassen der Wohnung. Eine Mehrheit von 61 Prozent kontrolliert immer, ob die Wohnungszugänge (Türen, Fenster etc.) beim Hinausgehen geschlossen sind (Abbildung 6). Nur ein kleiner Teil von 12 Prozent gibt an, dies nie zu machen.

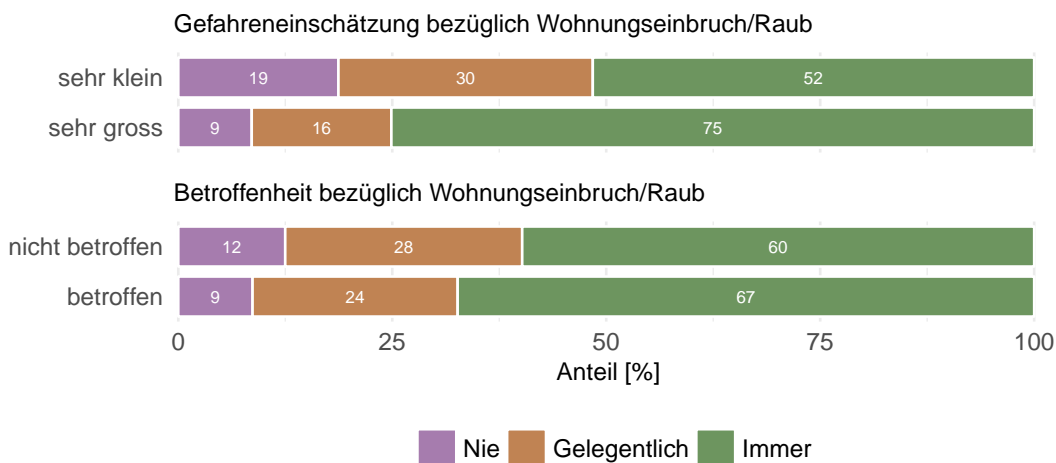


Abbildung 7: Kontrolle, ob alle Zugänge beim Verlassen der Wohnung geschlossen sind, nach Gefahreinschätzung und Betroffenheit.

Wie weit dieses Verhalten mit eigenen Erfahrungen zusammenhängt, zeigt Abbildung 7. Von den Personen, die schon einmal von einem Wohnungseinbruch betroffen gewesen sind, sagen 67 Prozent, dass sie die Wohnungszugänge beim Verlassen immer kontrollieren. Der Anteil der Nicht-Betroffenen, die ebenso handeln, ist nur geringfügig kleiner (60 %). Ein grösserer Unterschied zeigt sich, wenn man Personen bezüglich der Gefahreinschätzung eines Wohnungseinbruches unterteilt. Befragte, die die Gefahr, von einem Wohnungseinbruch betroffen zu sein, als sehr gross einstufen, geben zu drei Viertel an, immer die Zugänge beim Verlassen der Wohnung zu kontrollieren. Von Personen, die eine solche Gefahr als sehr klein einschätzen, sind es nur 52 Prozent.

2.3 Vernünftige und unvernünftige Risiken

In welchen Bereichen schätzt sich die Schweizer Bevölkerung als besonders risikofreudig ein? Die Befragten konnten für verschiedene Bereiche ihre Risikofreudigkeit im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung einschätzen. Dabei zeigt

es sich, dass sich weniger Personen als überdurchschnittlich denn als unterdurchschnittlich risikofreudig einschätzen. Der jeweils grösste Teil der Befragten schätzt sich allerdings als durchschnittlich risikofreudig ein. Wie Abbildung 8 zeigt, schätzen sich am meisten Befragte bei Reisen/Aufenthaltsorte (32 %) und im Berufsleben (30 %) als überdurchschnittlich risikofreudig ein. Am wenigsten tun sie dies bei Finanzanlagen und beim Verzicht auf Versicherungen (je 17 %). In finanziellen Belangen ist die Sicherheitsorientierung der Schweizer Bevölkerung besonders ausgeprägt.

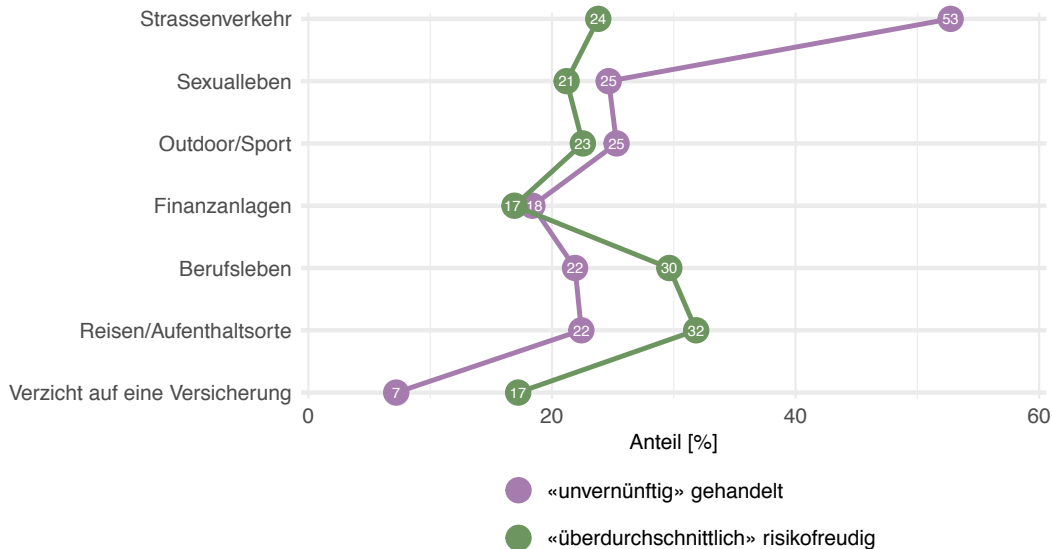


Abbildung 8: Risikoexposition und Risikoselbsteinschätzung.

Zusätzlich zur Einschätzung der eigenen Risikobereitschaft konnten die Befragten für dieselben Bereiche angeben, ob sie sich dort schon Risiken ausgesetzt haben, die sie im Rückblick als unvernünftig betrachten. Diese Anteile sind ebenfalls in Abbildung 8 dargestellt. Dabei sticht der Strassenverkehr heraus. Obwohl in diesem Bereich bloss ein Viertel der Befragten angibt, sich überdurchschnittlich risikofreudig zu verhalten, bekennt über die Hälfte der Befragten, dass sie hier schon unvernünftige Risiken eingegangen sind. In keinem der befragten Bereiche entstehen offenbar so leicht unbewusst bzw. fahrlässig in Kauf genommene Gefährdungssituationen wie hier.

Das Gegenstück zum Strassenverkehr bilden Reisen und das Berufsleben. Die in diesen Bereichen eingegangenen Risiken werden vergleichsweise selten im Rückblick als fahrlässig eingestuft. Risikofreudigkeit wird in diesen Bereichen vermehrt als sinnvoll statt als unvernünftig eingeschätzt.

3 Perspektiven und Einschätzungen

3.1 Persönliche Risikoerwartungen

Wie schätzen die Menschen in der Schweiz unterschiedliche Gefahren und Ereignisse ein? Am häufigsten ist die Befürchtung, den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren. 21 Prozent gehen von einem grossen oder sehr grossen Risiko aus, dass ihnen dies in den nächsten 10 Jahren widerfährt. Jeweils zwischen 18 und 16 Prozent befürchten in dieser Zeitspanne eine schwere Krankheit, einen Wohnungseinbruch/Raub oder ein extremes Naturereignis. Demgegenüber wird das Risiko eines Angriffs auf Leib und Leben nur von 9 Prozent als gross oder sehr gross eingeschätzt.

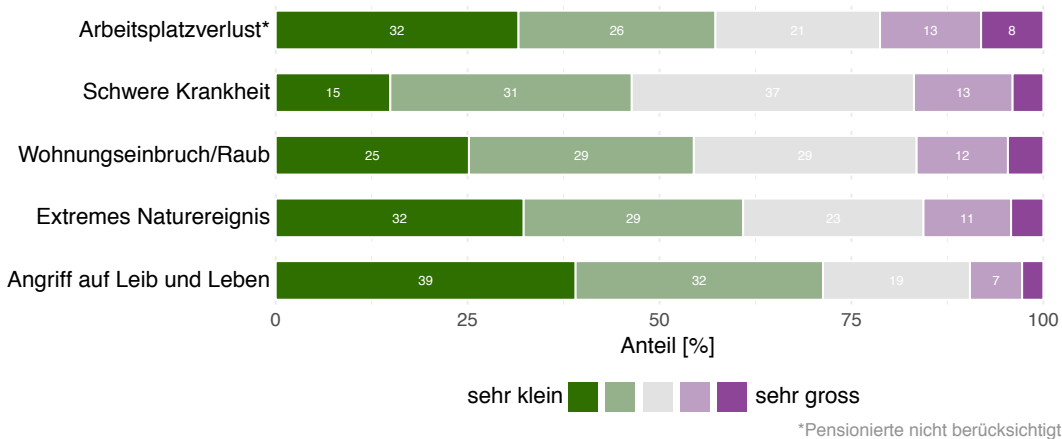


Abbildung 9: Einschätzung von Gefahren: Wahrscheinlichkeit der persönlichen Betroffenheit innerhalb der nächsten 10 Jahre in der Schweiz.

Wie korrespondiert die Gefahreinschätzung mit dem tatsächlichen Risiko, vom entsprechenden Ereignis betroffen zu sein? In Abbildung 10 ist die eigene Betroffenheit von Ereignissen in den letzten 10 Jahren (vertikale Achse) ins Verhältnis zur erwarteten Betroffenheit in den nächsten 10 Jahren (horizontale Achse) gesetzt. Die Abbildung zeigt, dass bezüglich schwerer Krankheit und Arbeitsplatzverlust die Zukunftserwartungen am ehesten mit den Verhältnissen in der Vergangenheit übereinstimmen (Werte nahe an der Diagonalen). Obwohl das Risiko eines Angriffs auf Leib und Leben nur von wenigen als gross eingeschätzt wird (9 %), ist dieser Anteil beinahe doppelt so gross wie der Anteil der tatsächlich Betroffenen in den vergangenen 10 Jahren. Dieses Risiko wird somit deutlich überschätzt. Noch stärker von den Erfahrungen in der Vergangenheit weicht die Einschätzung der künftigen Betroffenheit durch ein extremes Naturereignis ab. Nämlich um mehr als 2 zu 1. In diesem Ungleichgewicht spiegelt sich zu einem gewissen Grad die Erwartung, dass extreme Naturereignisse künftig zunehmen werden – wovon drei Viertel der Befragten ausgehen. Ob die starke,

erwartete Zunahme an persönlicher Betroffenheit jedoch realistisch ist, wird sich weisen.

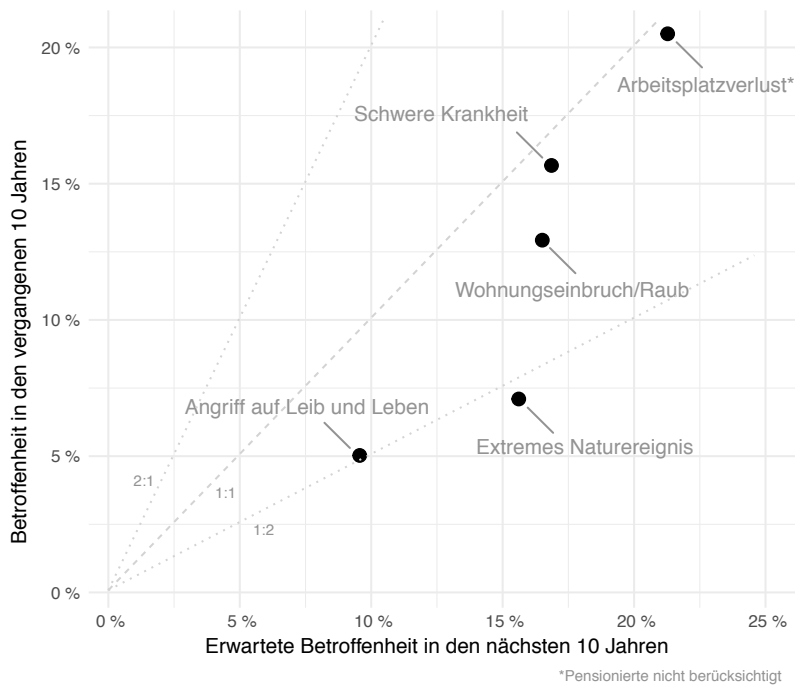


Abbildung 10: Betroffenheit und Einschätzung von Gefahren.

Wie Abbildung 11 zeigt, ist die Erwartung der Betroffenheit durch ein extremes Naturereignis insbesondere bei jüngeren Erwachsenen (18–35 J.) gross. Ältere (> 55 J.) gehen weniger davon aus, dass sich ihre Welt im Vergleich zu ihren bisherigen Erfahrungen stark ändern wird, während Jüngere offenbar weit häufiger von einer Zunahme der eigenen Betroffenheit durch extreme Naturereignisse ausgehen. Zukunftserwartungen, die der eigenen Vergangenheit gleichen, sind bei den Älteren generell verbreitet. Dies gilt sogar beim Thema Gesundheit. Bei den über 55-Jährigen ist der Anteil, der in den nächsten 10 Jahren eine schwere Erkrankung erwartet, etwas tiefer als der Anteil, der in den vergangenen 10 Jahren eine solche hatte – obwohl dieser Anteil aufgrund des fortschreitenden Alters zweifellos zunehmen wird. Zumindest hier ist die Zukunftserwartung tendenziell zu optimistisch.

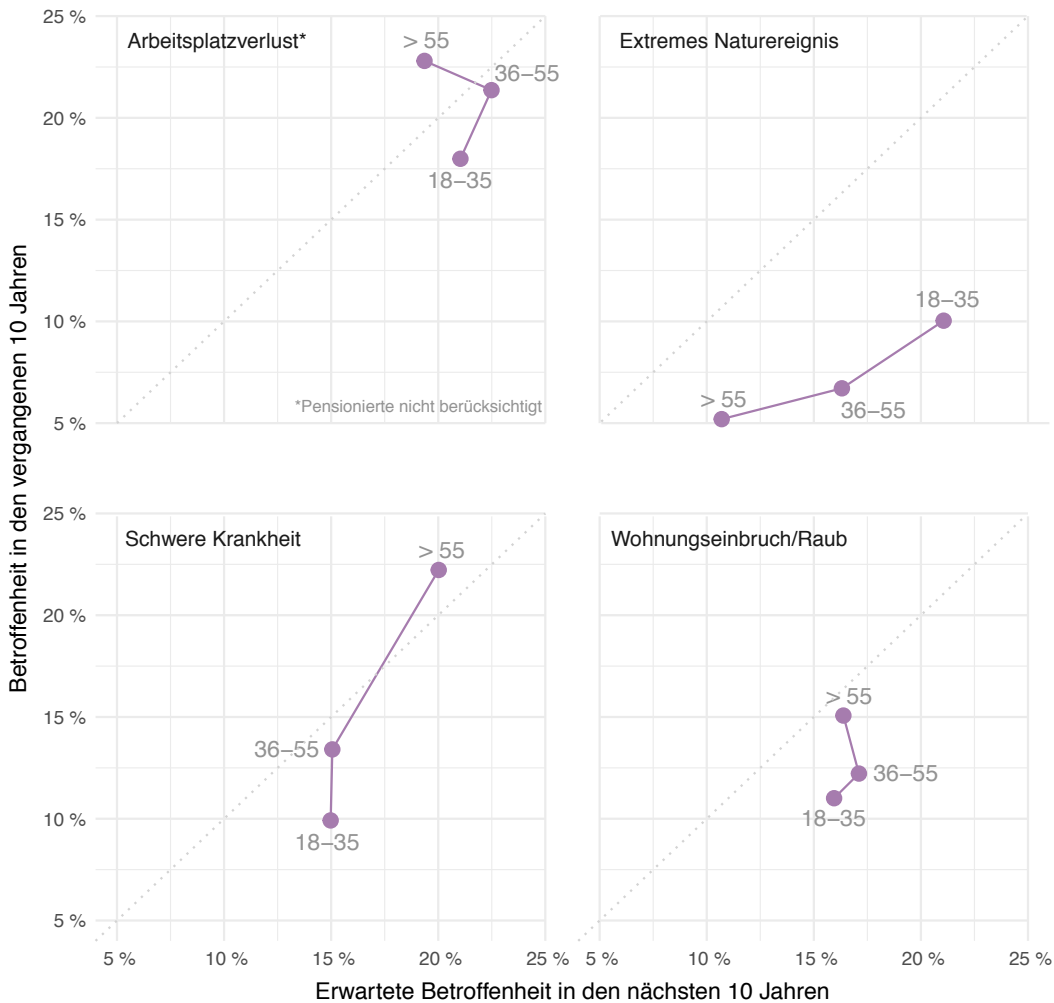


Abbildung 11: Betroffenheit und Einschätzung von Gefahr nach Altersgruppen.

3.2 Sicherheit und technologischer Wandel

Welche Erwartungen bestehen in der Schweizer Bevölkerung gegenüber dem technologischen Wandel? Der Fokus in dieser Studie richtet sich dabei nicht auf das ganze Spektrum des durch die Digitalisierung getriebenen Wandels, sondern auf Bereiche, die unmittelbar mit dem Thema Sicherheit in Verbindung stehen.

Eine besondere Rolle spielt das Thema Sicherheit im Bereich des Strassenverkehrs. Dabei zeigt sich, dass die Hälfte der Befragten davon ausgeht, dass die heute weit verbreiteten Fahrassistenzsysteme für Autos die Sicherheit im Strassenverkehr erhöhen (Abbildung 12). Nur 17 Prozent kommen zur gegenteiligen Einschätzung. Zum gegenteiligen Schluss kommen die Befragten, wenn es um gänzlich selbstfahrende Autos geht. Hier gehen nur 18 Prozent davon aus, dass sich diese sicherheitssteigernd auswirken. Dahingegen findet fast die Hälfte der Befragten, dass selbstfahrende Autos die Sicherheit im Strassenverkehr vermindern. Diese unterschiedlichen Einschätzungen spiegeln sicherlich

den unterschiedlichen Entwicklungsstand der beiden Technologien. Sie zeigen aber auch, dass die digitale Unterstützung menschlicher Tätigkeiten gänzlich anders beurteilt wird als der Ersatz des Menschen durch einen Computer. Dies, obwohl in der Realität die Übergänge dazwischen fließend sind.

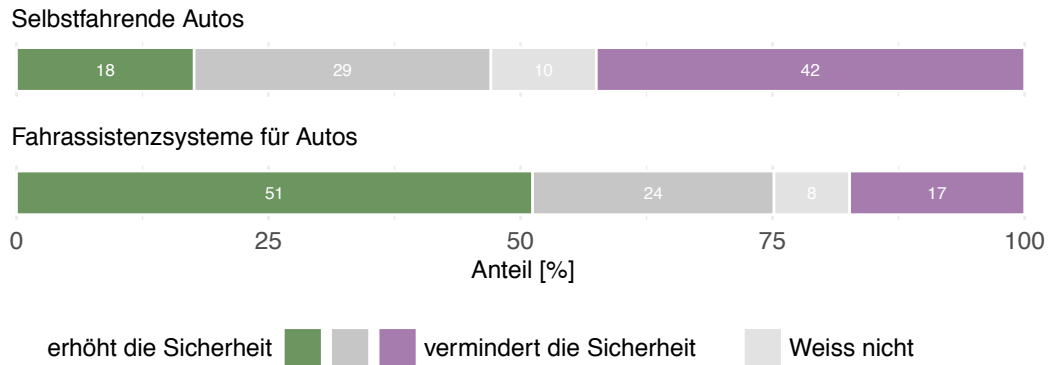


Abbildung 12: Einstufung der Entwicklung bezüglich Sicherheit von Fahrassistenzsystemen und selbstfahrenden Autos.

Frauen und weniger Gebildete sind besonders skeptisch gegenüber selbstfahrenden Autos (Abbildung 13). Jeweils etwa die Hälfte findet, diese vermindern die Verkehrssicherheit. Weniger skeptisch sind Männer und höher Gebildete. In diesen Gruppen beträgt der Anteil jener, die glauben, dass sich selbstfahrende Autos negativ auf die Sicherheit im Strassenverkehr auswirken, nur etwa je ein Drittel.

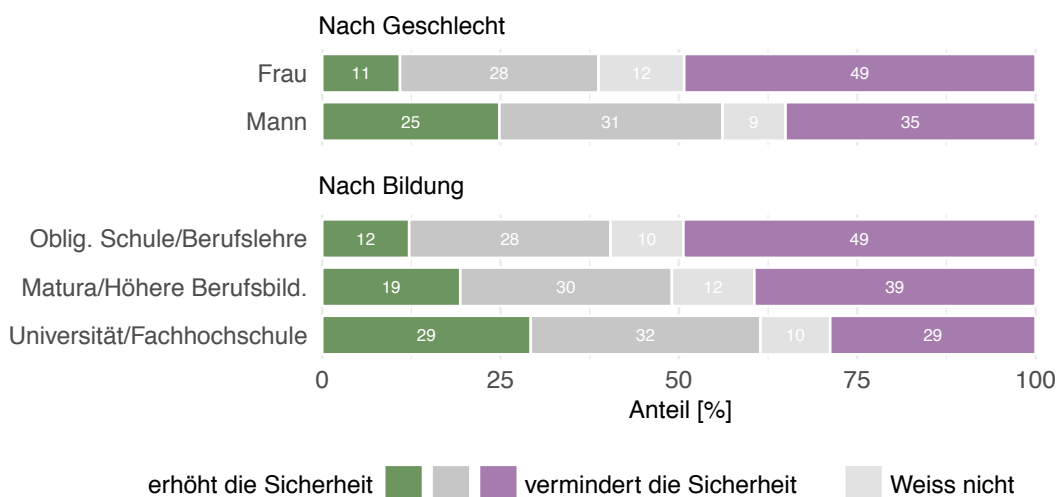


Abbildung 13: Einstufung der Entwicklung bezüglich Sicherheit von selbstfahrenden Autos – gruppiert.

Nur ein sehr kleiner Anteil der Befragten findet, dass sich Kryptowährungen positiv auf die Sicherheit auswirken (Abbildung 14). Allerdings gibt auch ein

relativ grosser Anteil an, nichts über Kryptowährungen zu wissen. Fast die Hälfte der Befragten denkt, dass bargeldloses Bezahlen die Sicherheit weder erhöht noch vermindert. Laut einer Studie des BAKOM aus dem Jahre 2016 stieg von 2001 bis 2014 die Nutzung bargeldloser Transaktionen um 950 Millionen auf 1,8 Milliarden Transaktionen im Jahr an. Angesichts dieses starken Zuwachses bargeldloser Zahlungen ist es erstaunlich, dass nur etwa ein Fünftel der Befragten findet, bargeldloses Bezahlen erhöhe die Sicherheit.

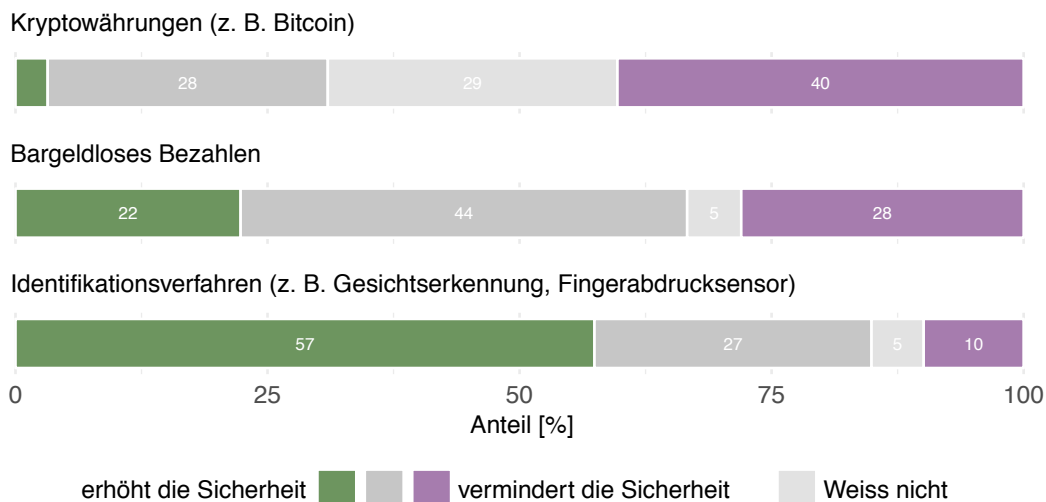


Abbildung 14: Einstufung der Entwicklung bezüglich Sicherheit von Kryptowährungen, bargeldlosem Bezahlen und Identifikationsverfahren.

Das Vertrauen in digitale Identifikationsverfahren wie Gesichtserkennung oder Fingerabdrucksensoren ist hingegen relativ hoch: Über die Hälfte glaubt, dass sich diese positiv auf die Sicherheit auswirken. Unter Umständen hat sich die Bevölkerung durch die biometrischen Pässe, welche in der Schweiz seit dem 1. März 2010 erhältlich sind, schon an diese Sicherheitsvorkehrung gewöhnt. Dass eine grosse Skepsis gegenüber den digitalen Identifikationsverfahren bestand, zeigt der Umstand, dass das Referendum gegen die Einführung des biometrischen Passes am 17. Oktober 2008 zustande kam. In der Abstimmung vom 17. Mai 2009 wurde die Einführung des biometrischen Passes nur äusserst knapp mit 50,1 Prozent angenommen.

3.3 Zukunftserwartung Schweiz und Welt

Ganz generell zeigt sich ein grosser Teil der Befragten optimistisch, wenn es um die Einschätzung der nahen Zukunft der Schweiz geht (Abbildung 15). In markantem Gegensatz dazu steht die Einschätzung der nahen Zukunft der weltweiten politischen Lage: Etwa drei Viertel der Teilnehmenden stehen dieser pessimistisch gegenüber. Insgesamt sind Personen mit hoher Schulbildung und Personen in

höheren Einkommensklassen etwas optimistischer als andere. Am Grundmuster ändert dies jedoch nichts.

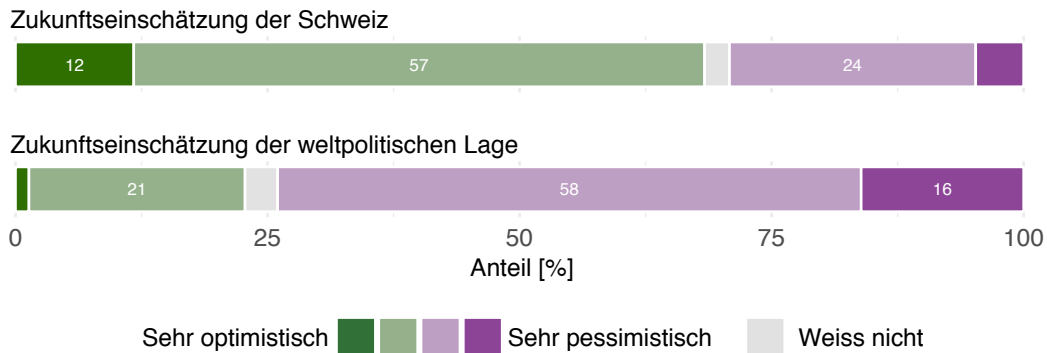


Abbildung 15: Einschätzung der nahen Zukunft: Schweiz und weltpolitische Lage.

Die einzige grundlegende Abweichung vom genannten Muster zeigt sich beim Vergleich der Parteiliehängerschaften – allerdings nur bei einer einzigen (Abbildung 16). Grundsätzlich wird die überwiegend optimistische Zukunftserwartung der Schweiz von den Sympathisierenden der meisten Parteien in sehr ähnlichem Ausmass gesehen – ebenso wie die skeptische Sicht auf die weltpolitische Lage.

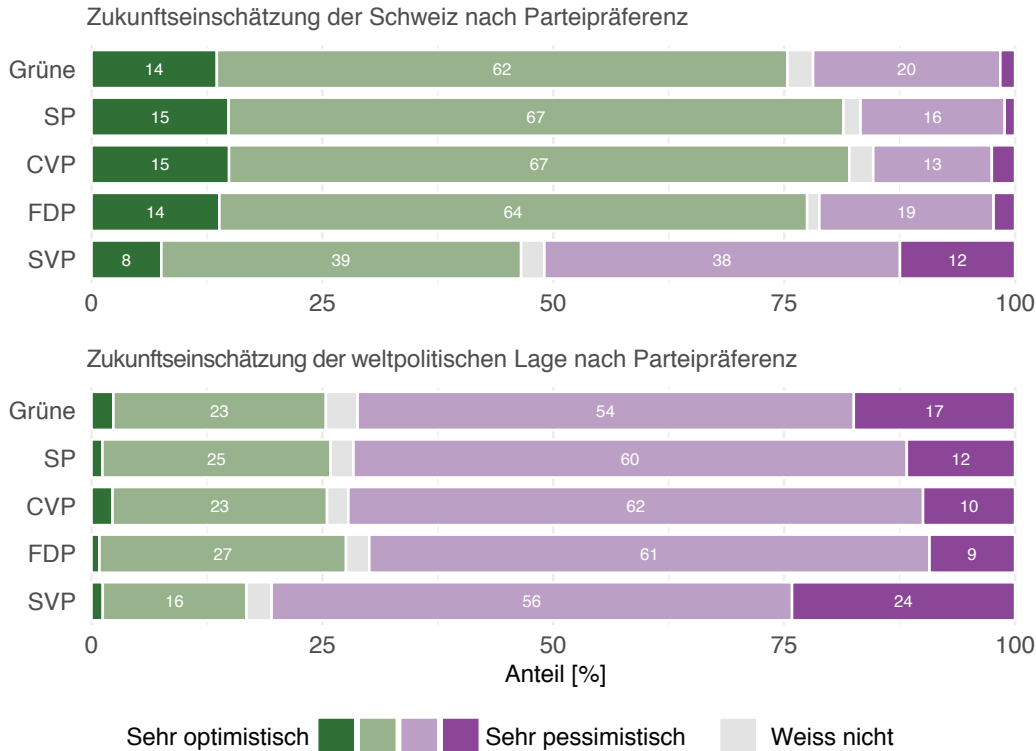


Abbildung 16: Einschätzung der nahen Zukunft: Schweiz und weltpolitische Lage nach Parteipräferenz.

Die grosse Ausnahme bilden die Anhänger und Anhängerinnen der SVP. Nur diese teilen zumindest mehrheitlich nicht die optimistische Sicht auf die Zukunft der Schweiz. Auf den ersten Blick ist dies erstaunlich, schliesslich ist die SVP jene Partei, welche die Stärke und Besonderheit der Schweiz nach dem Ende des Kalten Kriegs als Erste zu ihrem Kernprogramm gemacht hat. Eng damit verbunden ist jedoch auch die Einschätzung, dass die Schweiz besonders bedroht ist und deshalb besonderen Schutz verdient. Aus Sicht der SVP droht der Verlust der Identität und Souveränität aufgrund von Migration und einer zunehmenden Abhängigkeit von der EU. Zwar schätzt die SVP-Basis auch die Zukunft der Welt negativer ein als die Basis der anderen Parteien, hier sind die Unterschiede jedoch weniger grundsätzlich. Die pessimistische Sicht auf das eigene Land war nicht nur ein zentraler Bestandteil der Präsidentschaftskandidatur von Donald Trump, sie scheint auch mit der Grundstimmung eines substanziellen Teils der Basis der SVP zu korrespondieren.

4 Zwischen Sicherheit, Risiko und Freiheit

4.1 Sicherheit und Freiheit aus Sicht der Bevölkerung

Was bedeutet Sicherheit und was bedeutet Freiheit für die Bevölkerung der Schweiz? Die Hälfte der Teilnehmenden wurde offen danach gefragt, was «Sicherheit» für sie bedeute, die andere Hälfte nach ihrer Vorstellung von «Freiheit». Die Antworten wurden auf Schlagworte heruntergebrochen. Diese Schlagworte sind in Abbildung 17 als Wortwolke visualisiert. Die Textgrösse entspricht der Häufigkeit der Nennungen.



Abbildung 17: Was unter Freiheit und Sicherheit verstanden wird (n = 4520).

Die häufigste, spontane Definition von Freiheit lautet: «Tun, was ich will.» Insgesamt wird Freiheit mit Handlungs- und Meinungsfreiheit verbunden. Es geht um Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Sicherheit dagegen wird am häufigsten mit «angstfrei» beschrieben. Daneben kommen «Bewegungsfreiheit», aber auch «Wohlfühl» besonders häufig vor. Während Freiheit häufig mit handlungsbezogenen Begriffen in Verbindung gebracht wird, steht bei Sicherheit oft die Dimension des subjektiven Wohlbefindens im Vordergrund. Zugleich fällt jedoch auf, dass die vermeintlich konträren Begriffe von Freiheit und Sicherheit viele Berührungspunkte aufweisen und oft ineinanderfliessen. So gehört die «Bewegungsfreiheit» sowohl für Freiheit als auch für Sicherheit zu den meistgenannten Spontandefinitionen. «Freiheit» wird sogar häufig zur Definition von Sicherheit verwendet. «Angstfrei» demgegenüber wird nicht nur mit Sicherheit, sondern auch mit Freiheit in Verbindung gebracht. Dies zeigt, dass im Verständnis der Bevölkerung die Konzepte von Freiheit und Sicherheit nicht allzu weit auseinanderliegen.



Abbildung 18: Freiheitsbegriffe nach politischer Orientierung (n = 1413).

Der Begriff der Freiheit ist politisch umkämpft und ein zentraler Bestandteil politischer Ideologien. Auch in den Alltagsdefinitionen der Schweizer Bevölkerung werden unterschiedliche Akzente im Verständnis von Freiheit zwischen links und rechts sichtbar. Abbildung 18 zeigt die Freiheitsdefinitionen nach politischer Positionierung. Begriffe, die in einer Gruppe überdurchschnittlich häufig vorkommen, sind farblich hervorgehoben. Personen des linken Spektrums verbinden Freiheit überdurchschnittlich häufig mit «Meinungsfreiheit» und mit «selbstbestimmt sein». Das heisst, es geht zum einen um den ideellen Aspekt der Freiheit und zum anderen um Autonomie. Rechts wird Freiheit demgegenüber überdurchschnittlich häufig mit «Bewegungsfreiheit», «Sicherheit» und «Angstfreiheit» in Verbindung gebracht. Es stehen also vermehrt körperliche und emotionale Aspekte im Vordergrund. Auffällig ist, dass für rechtsstehende Personen Freiheit besonders nahe beim Konzept der Sicherheit liegt. Allerdings handelt es sich hier nur um relative Unterschiede. Wie die Wortwolken zeigen, wird Freiheit im ganzen politischen Spektrum häufig als «Tun, was ich will» definiert. Dieser Begriff wird allerdings besonders häufig in der politischen Mitte genannt und steht gewissermassen für den unpolitischen Kern von Freiheit.

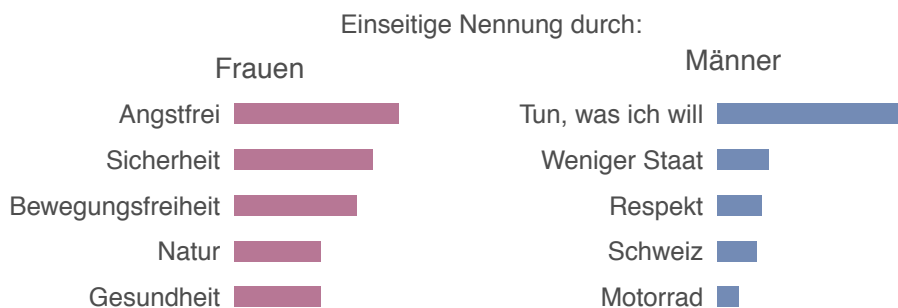


Abbildung 19: Freiheitsbegriffe mit der grössten Differenz in der Zahl der Nennungen durch Frauen und Männer.

Abbildung 19 zeigt je fünf Begriffe, die besonders einseitig von Frauen und von Männern zur Beschreibung von Freiheit genannt werden. Sofort fällt dabei auf, dass die hauptsächlich von Frauen genannten Begriffe – «Angstfreiheit», «Sicherheit» und «Bewegungsfreiheit» – mit den typischen Freiheitsbegriffen des rechten politischen Spektrums übereinstimmen. Dies obwohl Frauen nicht häufiger rechts positioniert sind als Männer. Was ist der Hintergrund für diese bemerkenswerte Übereinstimmung? Ein Hinweis liefert die Auswertung der als unsicher wahrgenommenen Räume und Orte. Dort geben Frauen und Rechtsstehende besonders häufig an, dass sie bestimmte Orte meiden, weil sie sich dort nicht sicher fühlen (vgl. Abbildung 2). Während Frauen dabei jedoch insbesondere verlassene Orte meiden, sind es bei den Rechtsstehenden vermehrt städtische Gebiete. Aus Sicht der Frauen steht die Gefahr eines Übergriffs im Vordergrund. Bei den Rechtsstehenden geht es dagegen vermehrt um die Gefahr, die von Fremdartigem und Fremdem ausgeht.

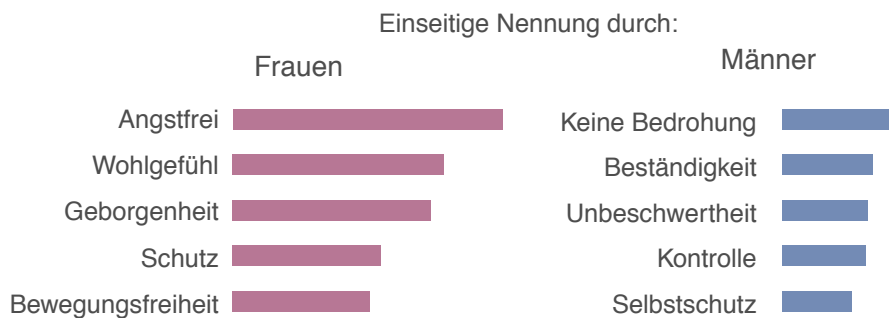


Abbildung 20: Sicherheitsbegriffe mit der grössten Differenz in der Zahl der Nennungen durch Frauen und Männer.

Auch bei der Definition von Sicherheit erscheint die «Angstfreiheit» als jener Begriff, der besonders einseitig von Frauen genannt wird (Abbildung 20). Während es bei den einseitig männlichen Begriffen vermehrt um Gefahrenkontrolle geht, steht bei den Frauen das subjektive Wohlbefinden eher im Vordergrund. Auch hier gilt es jedoch zu beachten, dass bewusst die Unterschiede hervorgehoben wurden. Mehrheitlich überschneiden sich die Definitionen der beiden Konzepte Sicherheit und Freiheit durch Mann und Frau. Es zeigen sich allerdings unterschiedliche Akzente.

4.2 Polizeiliche Sicherheit

Obwohl sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der Schweiz an öffentlichen Orten sicher fühlt (vgl. Abbildung 4), unterstützen mehr als zwei Drittel eine erhöhte Polizeipräsenz an stark frequentierten öffentlichen Orten – nur 11

Prozent sprechen sich dagegen aus (Abbildung 21)¹. Dies zeigt ein Grundvertrauen in die Polizei und macht deutlich, dass Polizeipräsenz im öffentlichen Raum als allgemeiner Sicherheitsgewinn und nicht als übermässige Kontrolle verstanden wird.

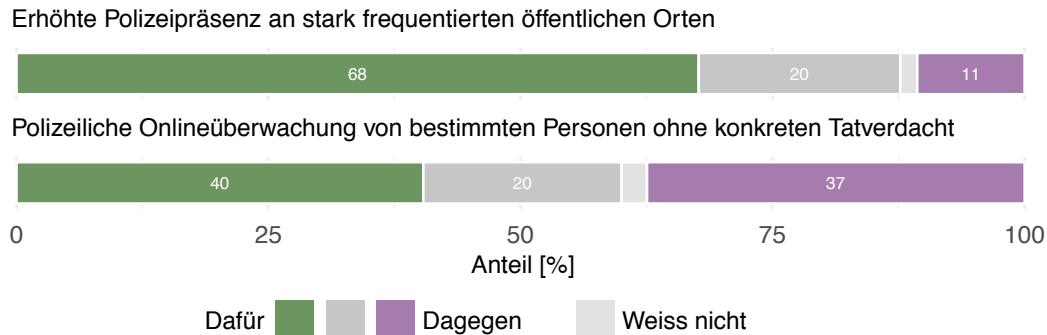


Abbildung 21: Haltung zu Massnahmen der polizeilichen Sicherheit.

Weit kontroverser wird eine Erhöhung der Polizeipräsenz im Internet beurteilt. Je rund 40 Prozent sind für und gegen polizeiliche Onlineüberwachung von bestimmten Personen ohne konkreten Tatverdacht. Obwohl derartige Massnahmen unter Umständen besser geeignet sind, um zum Beispiel terroristische Anschläge zu verhindern, als eine erhöhte Polizeipräsenz im öffentlichen Raum, ist hier die Skepsis weit grösser. Die spezifische statt diffuse Überwachung wird als problematischer angesehen. Im Gegensatz zum öffentlichen Raum werden geschlossene Onlineaktivitäten viel eher als privat angesehen, sodass eine Polizeipräsenz im virtuellen Raum zumindest von vielen als Bedrohung der individuellen Freiheit angesehen wird.

Die Zustimmung zu Massnahmen der polizeilichen Sicherheit hängt stark vom Bildungsniveau der Befragten ab (Abbildung 22). Befragte mit Hochschulbildung zeigen sich deutlich skeptischer als Personen lediglich mit Grundschulbildung, deren Sicherheitsorientierung, wie an verschiedenen Stellen der Studie gezeigt, stärker ausgeprägt ist. Ein ausgeprägter Geschlechterunterschied zeigt sich vor allem bei der Polizeipräsenz im öffentlichen Raum, welche von Frauen, die sich hier generell als gefährdeter einstufen, noch weit stärker unterstützt wird als von Männern. Etwas weniger stark ausgeprägt ist der Altersunterschied. Erwartungsgemäss zeigt sich bei der Unterstützung polizeilicher Massnahmen ein Links-rechts-Gegensatz. Dennoch unterstützt die Hälfte der SP-Basis eine erhöhte Polizeipräsenz an öffentlichen Orten. Auffällig ist, dass sich die Basis der CVP fast ebenso klar für eine Onlineüberwachung ohne konkreten Tatverdacht ausspricht (55 %) wie die Basis der SVP (58 %), während es bei der FDP-Basis weniger als die Hälfte sind (44 %). Hier zeigt sich der etwas stärker ausgeprägte Wunsch zum Schutz der persönlichen Freiheitsrechte.

¹Es gilt zu beachten, dass diese und die folgenden politischen Einschätzungen für die Gesamtbevölkerung und nicht nur für die Stimmberechtigten gelten.

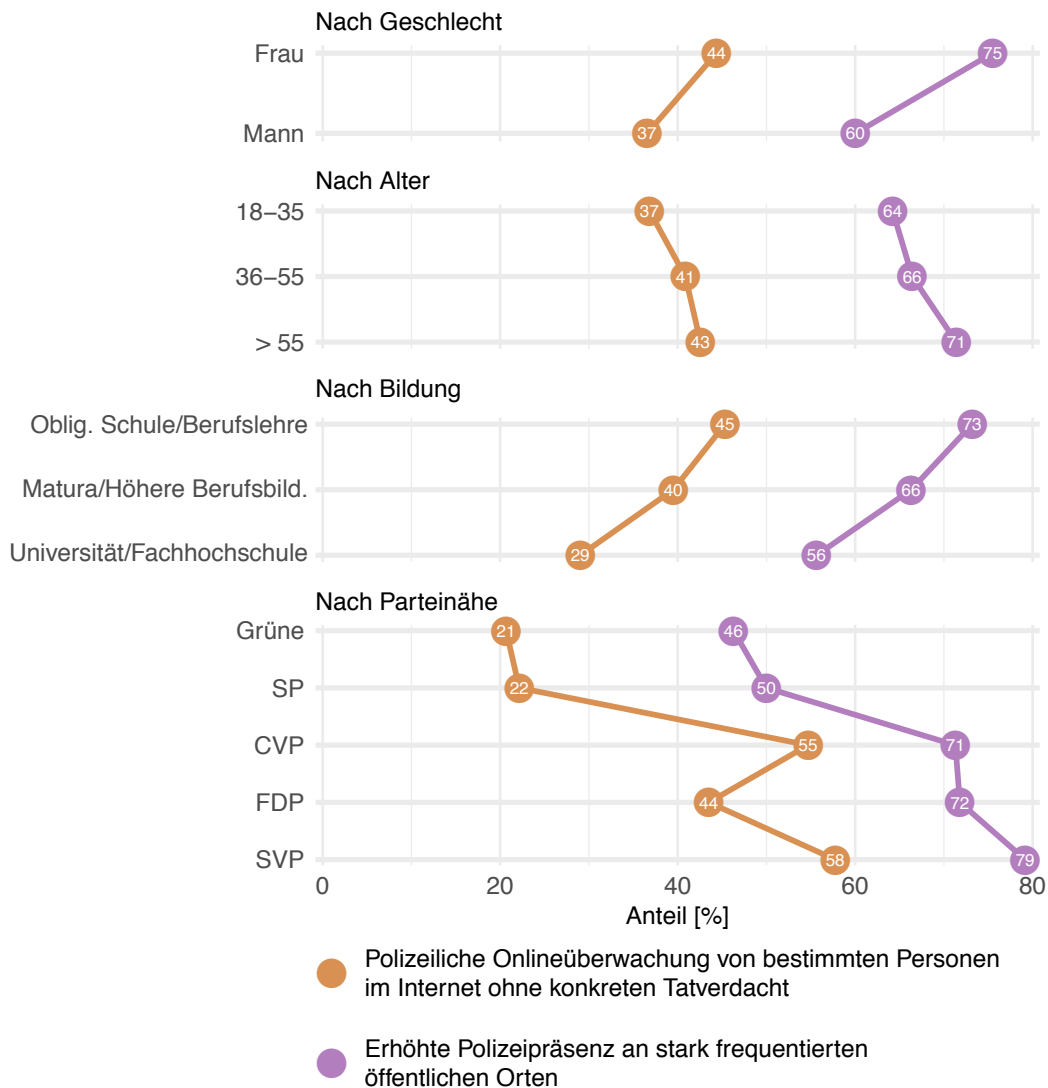


Abbildung 22: Befürwortung von sicherheitspolitischen Massnahmen – gruppiert.

4.3 Vorschriften und Verbote

Geht es um Vorschriften und Verbote zur Erhöhung der Sicherheit, zeigt sich ein ähnlich differenziertes Bild wie bei den polizeilichen Massnahmen (Abbildung 23). Eher überraschend gibt es eine sehr grosse Unterstützung für eine Helmpflicht beim Velofahren, während das Verbot von Base-Jumping abgelehnt wird. Rund die Hälfte der Befragten spricht sich ausserdem für ein Alkoholverbot in Fussball- und Eishockeystadien aus.

Die Helmpflicht beim Velofahren ist ausgesprochen populär. Rund zwei Drittel der Befragten sprechen sich dafür aus. Es spiegelt sich darin ein allgemeiner gesellschaftlicher Wandel. Gemäss Beratungsstelle für Unfallverhütung bfu ist die Tragquote von Velohelmen zwischen 1998 und 2017 von 15 auf 46 Prozent gestiegen. Ob im Verkehr, in der Freizeit oder im Arbeitsleben setzen sich Schutz-

und Sicherheitsausrüstungen immer mehr durch und parallel dazu offenbar auch die Bereitschaft, solche Ausrüstungen vorzuschreiben.

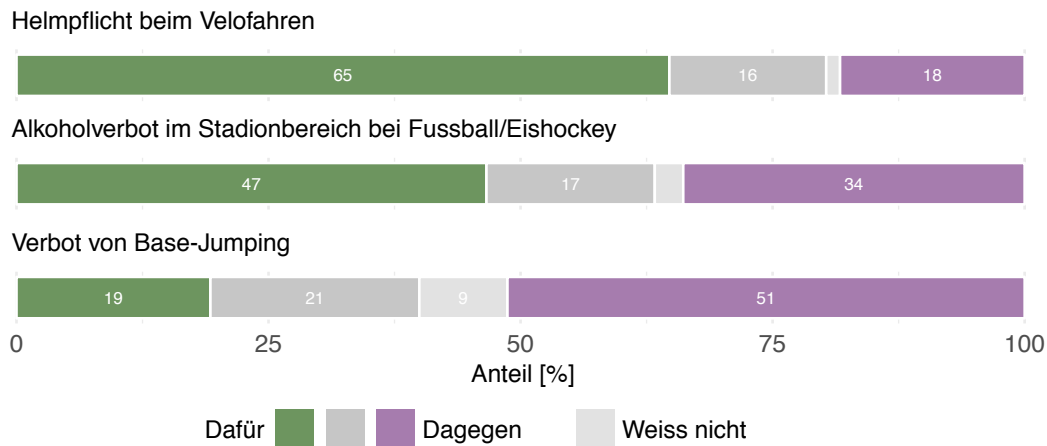


Abbildung 23: Beurteilung von Vorschriften und Verboten.

Demgegenüber unterstützt nur ein Fünftel der Befragten ein Verbot von Base-Jumping. Dies, obwohl das Unfall- und Sterberisiko bei dieser Extremsportart besonders gross ist. Im Unterschied zu einer Helmtragpflicht geht es hier jedoch um ein Verbot des Ausübens einer Tätigkeit, was offenbar als stärkerer Eingriff in die persönliche Freiheit wahrgenommen wird, obwohl viel weniger davon betroffen sind. Mit dem steigenden Sicherheitsbedürfnis im Bereich der Unfallprävention besteht in der Schweiz zwar eine verbreitete Unterstützung für die Einführung obligatorischer Sicherheitsmassnahmen, nicht jedoch ein Stimmungswandel hin zum Verbot gefährlicher Tätigkeiten.

Anders als bei den Massnahmen zur Stärkung der Polizei hängt die Unterstützung bei den Vorschriften und Verboten nur zu einem geringen Mass von der politischen Orientierung ab. Ebenso ist der Einfluss des Bildungsniveaus hier weniger ausgeprägt. Einzig das Geschlecht macht auch hier einen deutlichen Unterschied: Frauen sind vermehrt für Verbote und Vorschriften zugunsten der Sicherheit (Abbildung 24).

Ein sehr spezifisches Zustimmungsmuster zeigt sich beim Alkoholverbot in Fussball- und Eishockeystadien, wo sich ein massiver Altersgraben auftut: Jüngere sind klar dagegen, Ältere klar dafür. Dies dürfte mit der persönlichen Betroffenheit zu tun haben. Es spiegelt sich darin aber auch ein unterschiedliches Sicherheitsbedürfnis. Wie die Beurteilung von Situationen und Orten gezeigt hat, würden sich Ältere in einer Fankurve wesentlich unwohler fühlen als Junge (vgl. Abbildung 3). Ungewohnt ist hier auch die Ausprägung des Links-rechts-Gegensatzes: Personen, die rechts stehen, sind eher gegen ein Verbot, Personen, die links stehen, eher dafür.

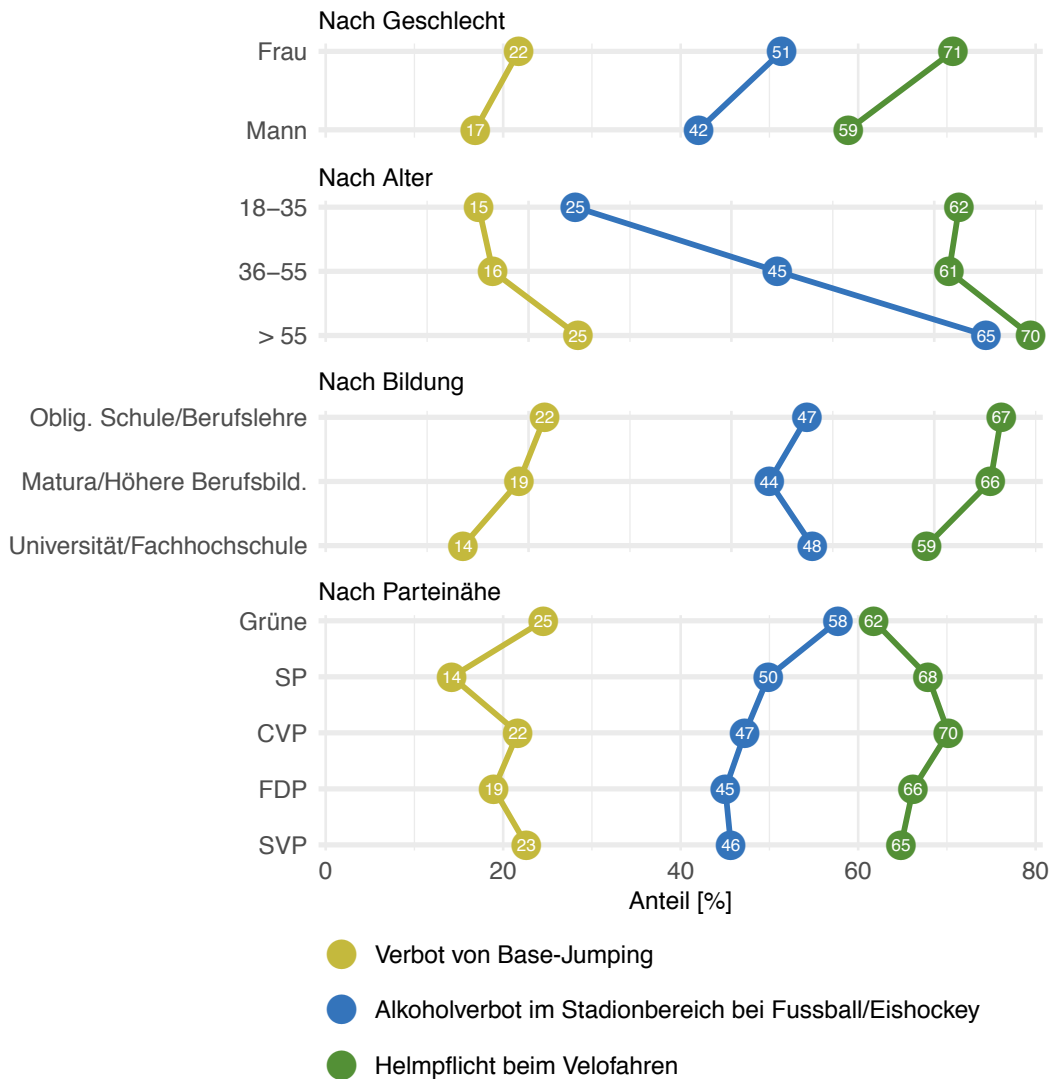


Abbildung 24: Befürwortung von Vorschriften und Verboten – gruppiert.

4.4 Verantwortung für riskantes Verhalten

Nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung der Schweiz spricht sich für ein Verbot von Base-Jumping aus. Dies zeigt, dass ein verbreiteter Konsens darüber besteht, dass gefährliches Verhalten nicht verboten werden soll. Doch wie sieht es mit den Folgekosten aus, die aus der Ausübung riskanter Tätigkeiten resultieren können?

Wer soll die gesundheitlichen Behandlungskosten tragen, wenn es bei der Ausübung einer Risikosportart zu einem Unfall kommt? Diese Frage teilt die Gesellschaft in drei etwa gleich grosse Gruppen. Ein Drittel findet, dass die Versicherung auch in diesem Fall die Kosten übernehmen soll. Ein anderes Drittel möchte die Kosten alleine der Person aufbürden, welche die Risikosportart ausgeübt hat. Das letzte Drittel schliesslich setzt auf eine Aufteilung der Kosten auf beide Seiten (Abbildung 25). Dabei zeigt sich, dass jüngere und linksstehende Personen

in dieser Frage eher für das Solidaritätsprinzip und ältere und rechtsstehende eher für das Verursacherprinzip sind. Es besteht jedoch bei keiner Gruppe eine absolute Mehrheit für das eine oder das andere Prinzip.

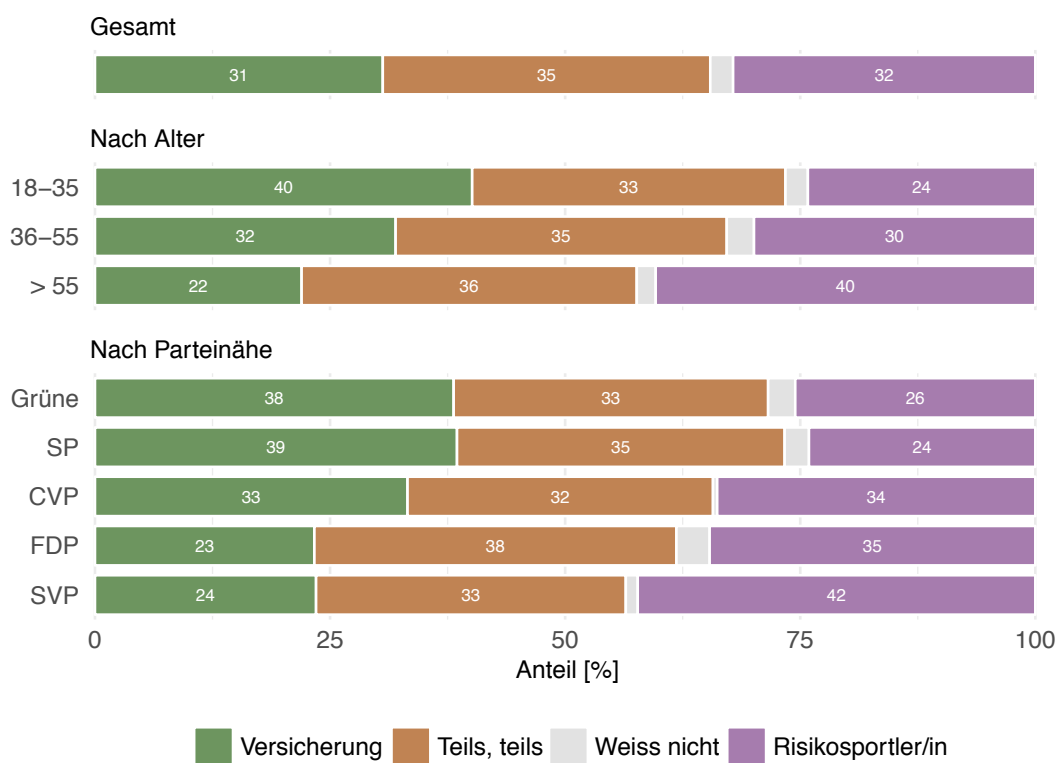


Abbildung 25: Unfall bei Risikosportart: Wer hat die gesundheitlichen Behandlungskosten zu tragen?

Weit weniger Verständnis als für Risikosportler und -sportlerinnen hat die schweizerische Bevölkerung für Personen, die trotz Reisewarnung des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) in ein Land reisen und dort entführt werden. Nur 11 Prozent finden, dass hier der Staat die gesamten Kosten übernehmen sollte. 57 Prozent sind dagegen der Meinung, dass die gesamten Kosten auf die Entführten überwält werden sollen. Der Alters- und der Links-rechts-Gegensatz sind dabei noch stärker ausgeprägt als bei der Frage der Behandlungskosten bei Risikosportarten (Abbildung 26).

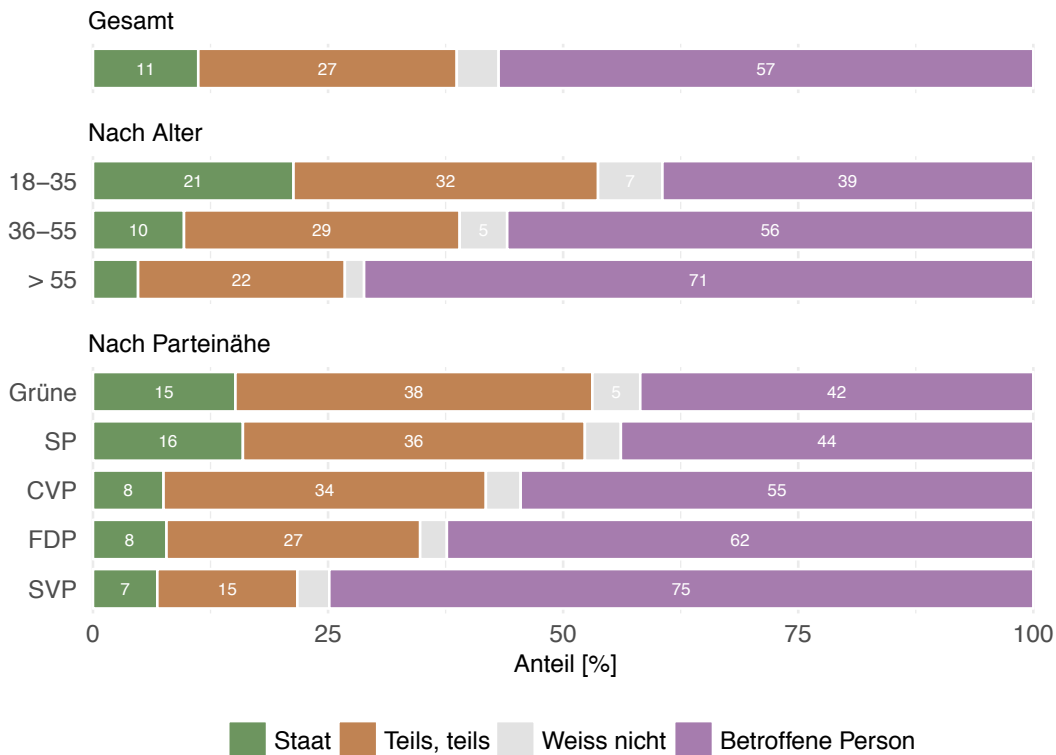


Abbildung 26: Entführung bei einer Reise in ein Land mit Reisewarnung: Wer soll die Kosten für das Krisenmanagement übernehmen?

Alles in allem besteht zwar keine Mehrheit für das Verbot gefährlicher Tätigkeiten, jedoch eine relativ breite Tendenz, zusätzliche Sicherheitsmassnahmen einzuführen und die Kosten für riskante Tätigkeiten auf die Verursacher zu überwälzen. Dazu passt, dass von den Befragten nur 15 Prozent finden, dass risikofreudige Personen die Gesellschaft weiterbringen.

5 Finanzielle Lebenssicherung

5.1 Befriedigtes und unbefriedigtes Sicherheitsbedürfnis

In welchen Lebensbereichen ist das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung der Schweiz befriedigt und wo ist es nicht gedeckt? Am besten abgesichert sehen sich die Befragten in Bezug auf ihre Wohnsituation, gefolgt vom sozialen Umfeld (Abbildung 27). Die grössten Sicherheitsdefizite bestehen dagegen bei der Altersvorsorge. Nur 38 Prozent geben an, dass ihr Sicherheitsbedürfnis hier befriedigt ist. Auch wenn es um eigene finanzielle Reserven geht, sehen nur 44 Prozent ihr Sicherheitsbedürfnis befriedigt. Die finanzielle Vorsorge für das Alter stellt heute für das Sicherheitsgefüge der Schweiz eine der grösseren Herausforderungen dar.

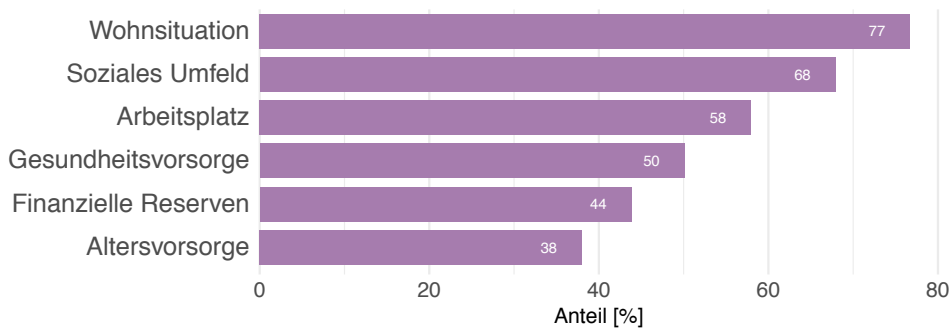


Abbildung 27: In welchen Bereichen das Sicherheitsbedürfnis befriedigt ist.

Bei den unter 35-Jährigen sehen sogar nur 22 Prozent ihr Sicherheitsgefühl in Bezug auf die Altersvorsorge gesichert. In keinem anderen Lebensbereich hängt das Sicherheitsgefühl stärker vom Lebensalter ab als hier. Wie Abbildung 28 zeigt, gibt es etwa in Bezug auf den Arbeitsplatz nur geringe Altersunterschiede.

Die Sicherheitsbedürfnisse der Frauen sind in ähnlichen Bereichen etwas weniger befriedigt als jene der jungen Erwachsenen; nämlich insbesondere bei der Altersvorsorge und den finanziellen Reserven. Offenbar wirkt sich hier die tiefere Erwerbsbeteiligung der Frauen negativ auf die finanzielle Lebenssicherheit aus. Auch das Bildungsniveau wirkt sich auf die Einschätzung der finanziellen Lebenssicherheit aus. Besonders gross ist jedoch der Unterschied bei der Frage, ob die Gesundheitsvorsorge gesichert sei. Hier zeigen sich Personen ohne weiterführende Bildung im Vergleich zu den anderen besonders verunsichert. Erstaunlich klein ist der Effekt des Bildungsniveaus jedoch auf das Sicherheitsgefühl in Bezug auf den eigenen Arbeitsplatz.

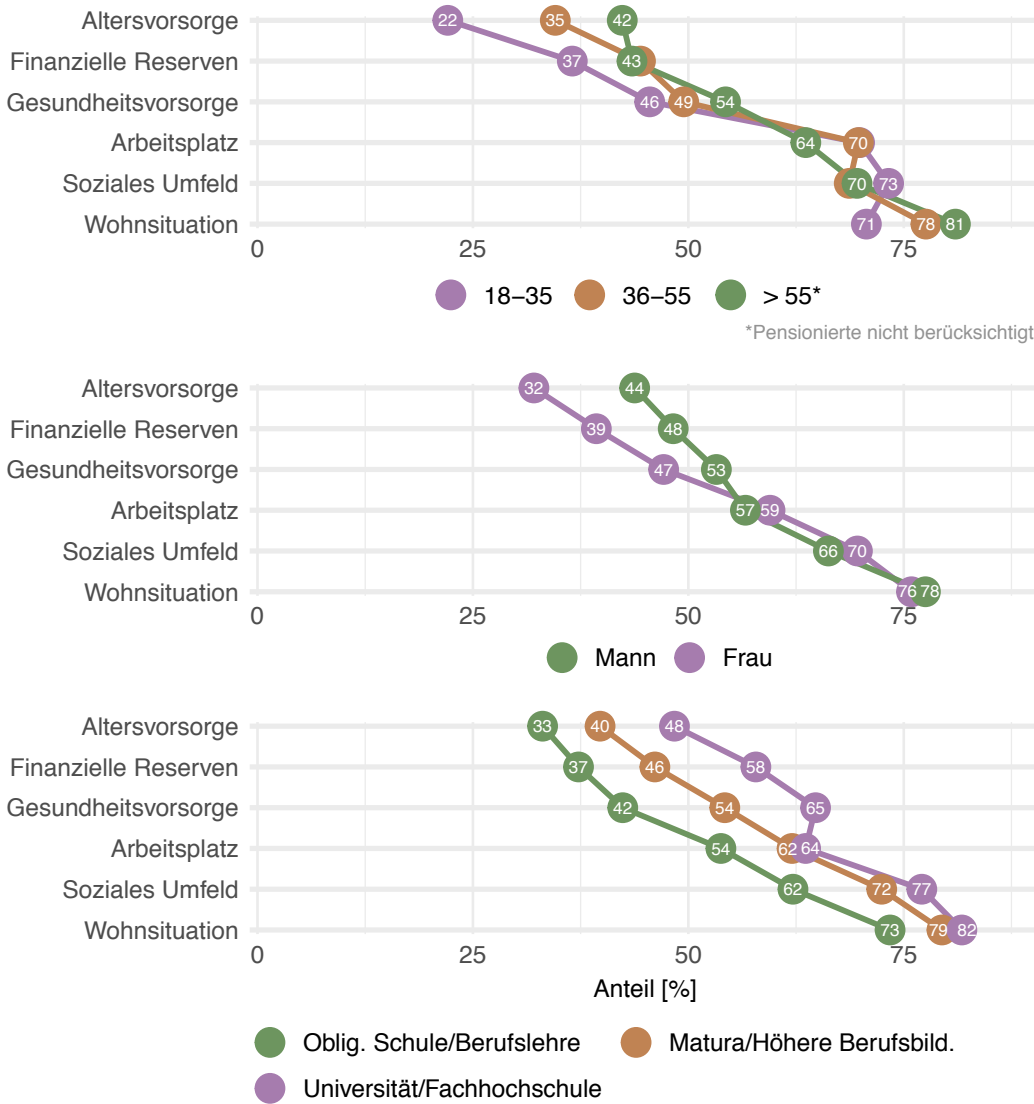


Abbildung 28: In welchen Bereichen das Sicherheitsbedürfnis befriedigt ist – gruppiert.

5.2 Sorge um die Altersvorsorge

Für eine Mehrheit ist das Sicherheitsbedürfnis in Bezug auf die Altersvorsorge nicht gedeckt. Ganz konkret besteht dabei die Sorge, dass in Zukunft weniger Geld zur Zahlung der AHV-Renten zur Verfügung steht. Drei Viertel der Erwachsenen in der Schweiz teilen diese Sorge (Abbildung 29). Dabei sind es wiederum die Jüngeren und die Frauen, die sich besondere Sorgen machen. Gutverdienende machen sich zwar tendenziell weniger Sorgen um die Rentensicherheit als Geringverdienende. Doch selbst bei der obersten Einkommensklasse sind es immer noch über 70 Prozent, die sich um ihre AHV-Rente sorgen.

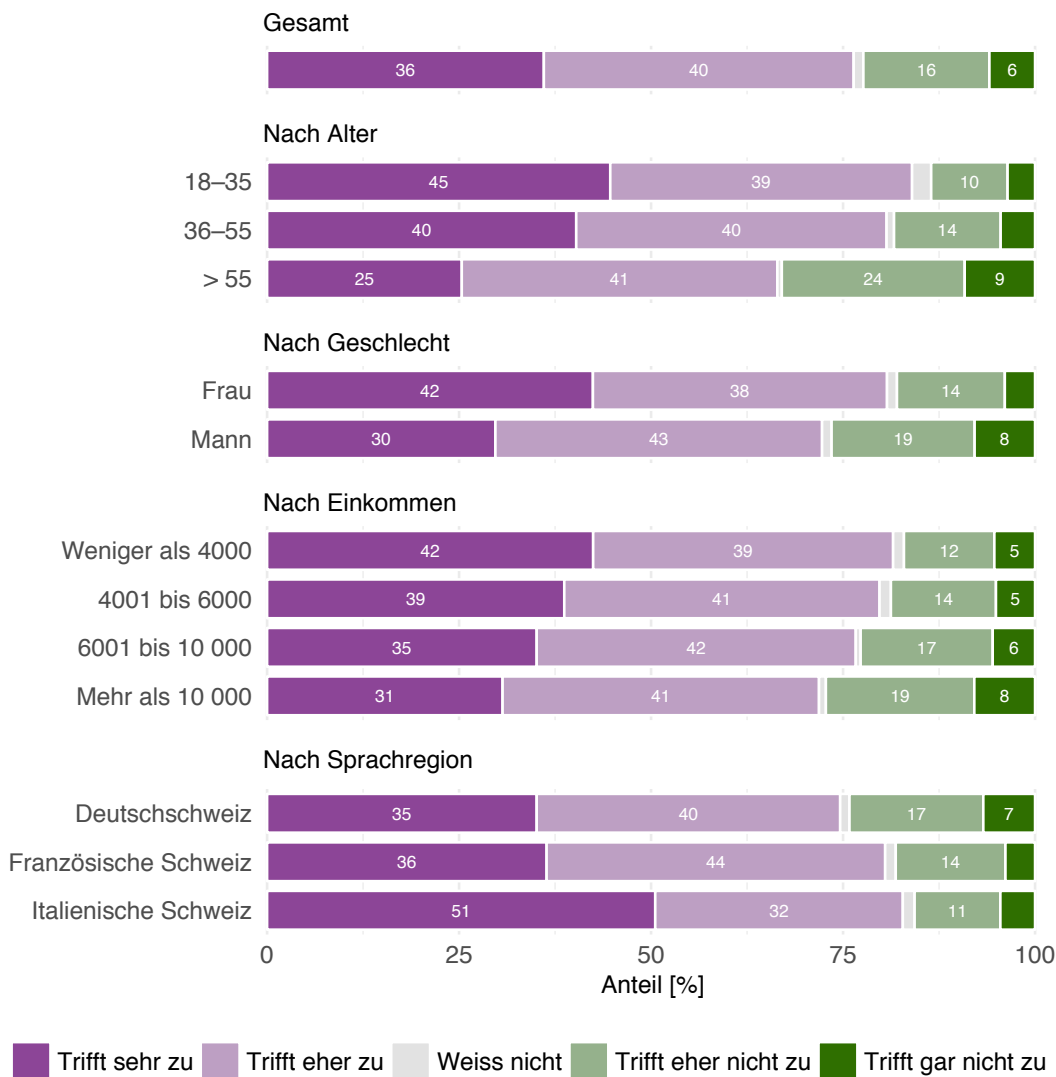


Abbildung 29: Weniger Geld für die AHV-Renten: Wer darüber besorgt ist.

5.3 Rente oder Kapitalbezug?

Ist das Rentenalter einmal erreicht, kann das angesparte Pensionskassenguthaben als monatliche Rente, als einmalige Kapitalauszahlung oder als eine Kombination aus beiden bezogen werden. Die wenigsten setzen dabei auf den risikoreichen Weg einer einmaligen Kapitalauszahlung. Die Vorstellung eines zumindest partiellen Kapitalbezugs ist insbesondere bei den unter 55-Jährigen beliebt (Abbildung 30). Mit der Nähe zum Rentenalter rückt jedoch die vorsichtiger Variante der monatlichen Rente in den Vordergrund.

Während die Höhe des Haushaltseinkommens kaum Auswirkungen auf die Haltung zum Kapitalbezug hat, hängt diese von der politischen Positionierung ab. Linksstehende Personen bevorzugen eher die monatliche Auszahlung, während

rechtsstehende stärker am Kapitalbezug interessiert sind. Dies zeigt, dass es hier weniger um eine ökonomische Güterabwägung als um Grundhaltungen geht.

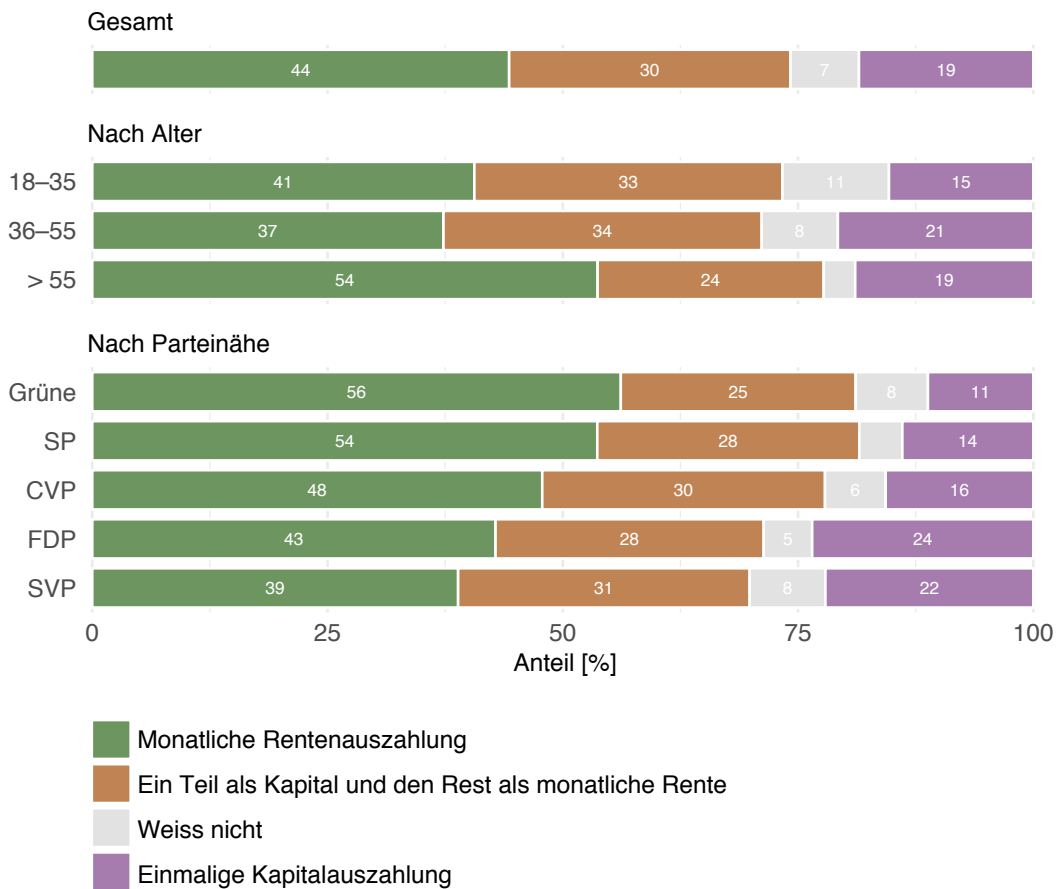


Abbildung 30: Bevorzugte Form des Bezugs des Pensionskassenguthabens.

Die aktuellen politischen Bestrebungen, den Kapitalbezug einzuschränken bzw. abzuschaffen, stösst bei den Befragten auf Widerstand. 59 Prozent sind eher oder klar gegen die Abschaffung der Wahlfreiheit (Abbildung 31). Der Widerstand gegen die Abschaffung der Wahlfreiheit ist auf der rechten Seite zwar etwas grösser. Die Unterschiede entlang der Links-rechts-Achse sind jedoch nur schwach ausgeprägt. Auch eine Mehrheit der Anhänger und Anhängerinnen linker Parteien ist dagegen (Abbildung 32).

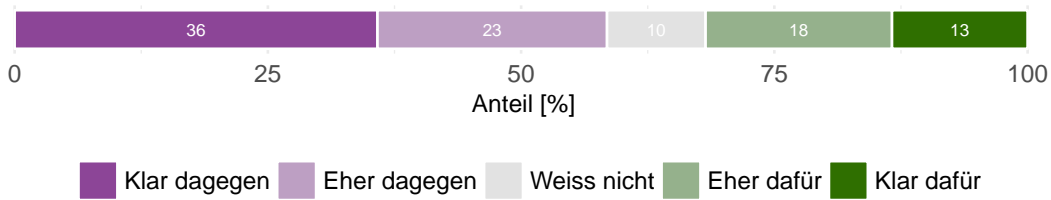


Abbildung 31: Haltung zur Abschaffung der Wahlfreiheit bei der Auszahlung des PK-Guthabens.

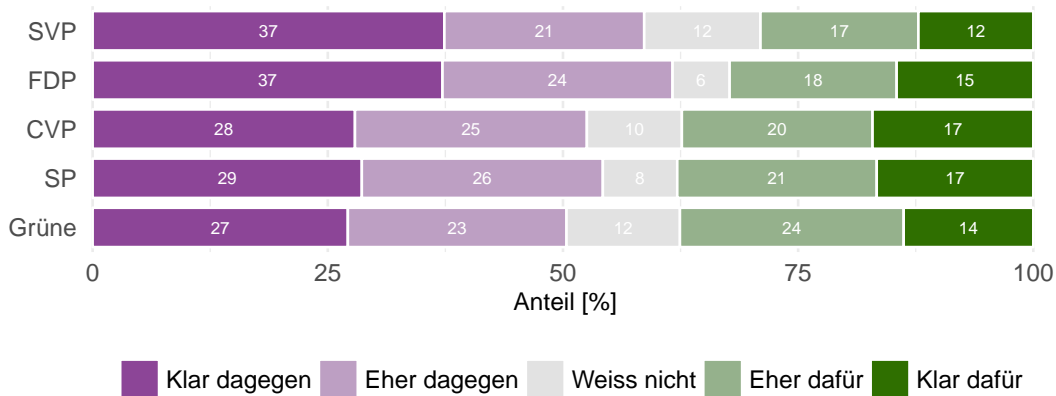


Abbildung 32: Haltung zur Abschaffung der Wahlfreiheit bei der Auszahlung des PK-Guthabens nach Parteipräferenz.

5.4 Finanzielles Sicherheitsnetz

Die Sorge um die Rentensicherheit ist weit verbreitet. Doch welche Rolle spielt der Sozialstaat überhaupt, wenn es um die eigene finanzielle Sicherheit geht? Auf die Frage, was im Hinblick auf eine mögliche finanzielle Notlage am meisten Sicherheit spende, steht der Sozialstaat jedenfalls nicht an erster Stelle (Abbildung 33). Rund die Hälfte gibt an, dass die wichtigste Sicherheitsquelle das eigene Ersparte ist. Für ein weiteres Drittel steht das Ersparte an zweiter Stelle. Der zweitwichtigste Bestandteil des eigenen Sicherheitsnetzes ist die Familie (und Freunde). Für fast zwei Drittel der Befragten kommt der Sozialstaat, wenn überhaupt, erst an dritter Stelle, wenn es um die finanzielle Absicherung geht. Zumindest das eigene Idealbild entspricht einer klaren Abstufung: Zuerst hilft man sich selbst. Wenn dies nicht ausreicht, sucht man Unterstützung in der Familie, und erst am Schluss vertraut man auf den Sozialstaat.

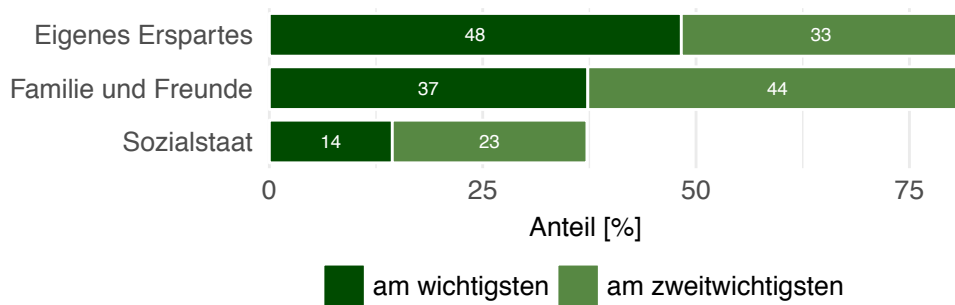


Abbildung 33: Was gibt Ihnen im Hinblick auf eine mögliche finanzielle Notlage am meisten Sicherheit?

Wie oben gezeigt, sieht jedoch nur eine Minderheit das eigene Sicherheitsbedürfnis in Bezug auf die Altersvorsorge und die finanziellen Reserven gedeckt, und eine grosse Mehrheit sorgt sich um die Höhe der AHV-Renten. Auch wenn die meisten Befragten lieber auf das Ersparte oder die Familie vertrauen als auf den Sozialstaat, scheint Letzterer doch für die meisten unerlässlich. Dennoch zeigt sich auch hier eine Mischung zwischen ausgeprägter Sicherheitsorientierung und der Bejahung von Eigenverantwortung.

6 Methodik

6.1 Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgte zwischen dem 21. März und dem 4. April 2018. Dabei wurden zwei unterschiedliche Befragungskanäle genutzt: Einerseits wurden Interviewteilnehmer aus dem Befragungspanel von sotomo rekrutiert, und andererseits lief die Umfrage auf der Internetseite des Blicks (www.Blick.ch), derjenigen von Le Matin (www.lematin.ch) und auf Ticinonline (www.tio.ch). Die Teilnehmer rekrutierten sich dabei selbst (*opt-in online survey*). In die Auswertung sind die Antworten von 10'401 Personen eingeflossen.

6.2 Repräsentative Gewichtung

Da die vorliegende Umfrage auf Selbstrekrutierung beruht und daher die Stichprobe in einem strukturellen Sinne nicht repräsentativ für die gewünschte Grundgesamtheit ist, wurde sie im Nachhinein mittels des IPF-Verfahrens (*Iterative Proportional Fitting*, auch *Raking* oder *Raking Ratio* genannt) gewichtet. Als Grundgesamtheit definiert sich die ständige Schweizer Wohnbevölkerung ab 18 Jahren. Zu den Gewichtungsmerkmalen gehört das Alter, das Geschlecht, der Ausbildungsstand sowie die politische Positionierung (Parteipräferenz). Die Randverteilungen dieser Merkmale wurde für die deutschsprachige, französischsprachige und die italienischsprachige Schweiz jeweils separat berücksichtigt, wobei die Grösse der jeweiligen Sprachregionen ebenfalls in die Gewichtung miteinfluss. Diese Gewichtung gewährleistet eine hohe soziodemografische Repräsentativität der Stichprobe. Für die vorliegende Gesamtstichprobe beträgt das 95%-Konfidenzintervall $\pm 1,95$ Prozentpunkte.

